Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit“ erſcheint täglich einmal als **Morgenausgabe** und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genoſſe“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus für den Monat Auguſt 70,— M., im voraus zahlbar. Beſtellungen nehmen ſämtliche Poſtanſtalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens und Luxemburg 110,— M., für das übrige Ausland 140,— M.
Verl. u. Exp. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I Tel. Moabit 2021.

Mittwoch, den 2. Auguſt 1922

5. Jahrg. Nummer 289

Die zwölfgeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 25,— M., einſchließlich Inſeratenſteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4,— M., jedes weitere Wort 3,— M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 16,— M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3,— M., jedes weitere Wort 2.— M.
Redaktion: Fernſprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW, 68, Ritterſtr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Deutſchlands Zahlungsfähigkeit gegenwärtig erſchöpft

„Ruhraktion oder Revolution in Frankreich — Generalſtreik in Italien

Die griechiſch-türkiſche Spannung

Die Regierung gibt nunmehr die am Montag Poincaré überreichte Antwortnote auf die Forderung Frankreichs, die Ausgleichszahlungen in der feſtgeſetzten Höhe von zwei Millionen Pfund Sterling zu leiſten, bekannt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 31. Juli 1922.

Herr Miniſterpräſident.

„Ich beehre mich den Empfang der Note Euer Exzellenz vom 26. Juli 1922 zu beſtätigen.

Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juni 1921 iſt von Deutſchland nicht mit einzelnen Mächten, ſondern mit der Geſamtheit der beteiligten alliierten Regierungen abgeſchloſſen worden. Demgemäß iſt die Note der Deutſchen Regierung vom 14. Juli d. J., wie der Franzöſiſchen Regierung bekannt iſt, gleichzeitig an die anderen hauptbeteiligten Mächte gerichtet worden. Die Deutſche Regierung kann ſich über ihre weitere Stellungnahme aus dieſem Grunde erſt ſchlüſſig machen, wenn ſich alle beteiligten Regierungen geäußert haben. Eine andere Haltung iſt ihr auch angeſichts der in ultimativer Form angedrohten, nicht näher bezeichneten Maßnahmen Frankreichs nicht möglich.

Indem ſich die Deutſche Regierung ein weiteres Eingehen auf die Sache ſelbſt vorbehält, bemerkt ſie ſchon jetzt: **Die Zahlungen**, die Deutſchland im Ausgleichsverfahren und aus Artikel 297e leiſten muß, **können letzten Endes nur aus derſelben Quelle geſchöpft werden, wie die Reparationszahlungen.** Gleichviel, ob es ſich um Schulden des Reiches oder um Privatſchulden handelt, in beiden Fällen **bleibt die Notwendigkeit der Herausnahme von Deviſen aus der geſamten deutſchen Volkswirtſchaft die gleiche und für die Wirkungen dieſer Operationen auf den Markkurs iſt es ohne Bedeutung, an welche Stelle und auf Grund welcher Paragraphen die Zahlung erfolgt. Wenn die deutſche Volkswirtſchaft die Entziehung von monatlich 50 Millionen Goldmark für Reparationszahlungen nicht tragen kann, ſo wäre es eine Illuſion zu glauben, daß die Ausgleichszahlungen von faſt 40 Millionen Goldmark monatlich weiterhin aufgebracht werden können.** Alle dieſe Leiſtungen können nur als ein einheitliches Ganzes betrachtet und in einem einheitlichen Plane behandelt werden. Der deutſche Antrag, der **nicht eine Kürzung der Ausgleichszahlungen, ſondern lediglich ihre Verteilung auf einen längeren Zeitraum bezweckt,** beruht auf denſelben Gründen, die für die Deutſche Regierung bei ihrem Antrag auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen maßgebend geweſen ſind, nämlich der **derzeitigen Erſchöpfung der Fähigkeit Deutſchlands zu Zahlungen in ausländiſcher Währung, die in dem kataſtrophalen Niedergang der Mark deutlich zum Ausdruck kommt.** Inzwiſchen iſt nach dem Eingang der Note Eurer Exzellenz ein **neuer Sturz der deutſchen Währung** eingetreten und die **Mark bis auf ein 1/100 ihres Friedenswertes geſunken.**

Deutſchland macht alle **Anſtrengungen**, ſeine aus dem Kriege entſtandenen **Verpflichtungen zu erfüllen.** Hierzu iſt aber vor allem die Geſundung ſeiner Volkswirtſchaft notwendig. Dieſe wirtſchaftliche Wiederherſtellung, wie die ganz Europas kann jedoch nur erfolgen durch die alsbaldige ſolidariſche Zuſammenarbeit aller beteiligten Mächte. Eine Politik der Drohungen wirkt nicht wiederaufbauend, ſondern zerſtörend.“

Revolution oder Ruhraktion

(DA.) **London**, 1. Auguſt. In maßgebenden politiſchen Kreiſen Englands ſieht man der Zukunft recht peſſimiſtiſch entgegen. Die Verzögerung der Kabinettsbildung in Italien iſt Lloyd George ganz gelegen gekommen, da ſie als guter Grund anzuſehen war, die Londoner Konferenz noch um einige Zeit zu verſchieben. Lloyd George hat verſucht, die ihm zur Verfügung ſtehende Zeit gut auszunützen, aber ohne großen Erfolg. Man glaubt **hier nicht, daß die Konferenz vom 7. Auguſt in der Reparationsfrage ſchon eine Entſcheidung bringen wird**, beſonders nicht deshalb, weil die Vereinigten Staaten wiederum nicht offiziell teilnehmen wollen und auch weiteren Anleihen an europäiſche Gläubiger nicht geneigt ſcheinen. Man befürchtet daher, daß die neue Londoner Konferenz nichts anderes bringen wird als eine **weitere Verſchiebung der Entſcheidung über das Reparationsproblem auf etwa November.** Würde dieſer Fall tatſächlich eintreten, würde Frankreich bis dahin weder von Deutſchland größere Reparationszahlungen, noch von Amerika eine Anleihe erhalten oder würde Amerika ſich bis dahin auch weiterhin weigern, Deutſchland eine größere Reparationsanleihe zuzubilligen, dann dürfte die **innerpolitiſche Lage Frankreichs**, nach der Anſicht hieſiger Politiker, **kritiſch werden.** Frankreich braucht — das wird hier allgemein anerkannt — dringend Geld und kann bis November nicht mehr warten. Deshalb beurteilt man die Lage **hier ſehr ernſt** und man befürchtet, daß **Frankreich doch noch zu Sanktionen gegenüber Deutſchland ſchreiten** wird. Es iſt bezeichnend, daß der „Daily Telegraph“ ſchon dieſer Tage aus Paris **zu melden** wußte, daß **in Frankreich eine Revolution drohe, wenn Deutſchland nicht zahle,** und es verlautet **hier bereits** mit größter Beſtimmtheit, **daß die franzöſiſche Regierung den Vormarſch ins Ruhrrevier vorbereite** und daß General Rieſſel als Oberkommandierender der für das Ruhrrevier beſtimmten Streikräfte in Ausſicht genommen ſei.

Die „Times“ melden, es ſtehe jetzt feſt, daß die Londoner Konferenz ſich nur mit den Reparationen beſchäftigen werde. Nach den bisherigen Dispoſitionen dürfte die am 7. Auguſt beginnende Beſprechung nicht länger als drei bis vier Tage dauern. Im September tritt dann eine **neue** Konferenz zur Behandlung der Orientfragen, der Tangerfrage und vor allem der Frage des interalliierten Schuldenausgleiches zuſammen. Lloyd George glaubt jetzt die Schuldenfrage nur entſcheiden zu können nach Eintreffen des Berichts der engliſchen Sonderdelegation, die Ende Auguſt nach Waſhington geht, um die amerikaniſche Stimmung in der Schuldenfrage zu erkunden. Jedenfalls hat **es England ganz aufgegeben**, den Verzicht auf die franzöſiſchen Schulden zu **beſprechen, bevor die Haltung Amerikas in der Frage der engliſchen Schulden nicht einwandfrei feſtſteht.**

Erneuter Generalſtreik in Italien

(EP.) **Rom, 1. Auguſt. Der „Avanti“ veröffentlicht die Mitteilung des Zentralvorſtandes des Arbeiterbundes, daß von heute, Dienstag morgen, an der Generalſtreik in ganz Italien verkündet iſt. Eine Mitteilung der ſozialdemokratiſchen Parteileitung mahnt die Mitglieder an ihre Pflicht der Solidarität, damit die Maſſen nicht in einem Augenblick verraten werden, wo ſie ſich gegen das Syſtem der Unterdrückung und der Gewalt erheben.**

(EP.) Rom, 1. Auguſt. In Rom hat die **Arbeiterſchaft ſchon am Montag abend die Arbeit eingeſtellt**, als ſie von dem Streikbeſchluß Kenntnis erhielt. Die **Straßenbahnen verkehren nicht**, und da auch die Drucker ſich an dem Streik beteiligen, ſind die **Zeitungen heute morgen nicht mehr erſchienen.**

(EP.) **Mailand, 1. Auguſt. In Genua und ganz Ligurien hat der Generalſtreik Dienstag früh begonnen, ebenſo in der Lombardiſchen Hauptſtadt,** wo Waſſer- und Lichtverſorgung jedoch ſichergeſtellt ſind. **Von heute abend ab werden die Zeitungen nicht mehr erſcheinen.** Die Behörden treffen umfaſſende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

(EP.) **Rom**, 1. Auguſt. In den erſten Morgenſtunden ſind **über ganz Rom zahlreiche Truppen verteilt worden**, um die Ordnung und den Verkehr zu ſichern. **Alle Plätze ſind militäriſch beſetzt** worden. Die Beleuchtung der Stadt iſt ſichergeſtellt. Die erſten Morgenzüge ſind regelmäßig abgegangen. Der Präfekt hat den Autoverkehr verboten.

Angriffsgeiſt der griechiſchen Truppen

(EP.) **London**, 1. Auguſt. „Daily Chronicle“ ſchreibt: Die Nachricht von der Vorbereitung eines griechiſchen Vormarſches auf Konſtantinopel hat in der türkiſchen Hauptſtadt große Erregung hervorgerufen. Hunderte von türkiſchen Einwohnern haben ihre Wohnungen verlaſſen **und ſich nach** der aſiatiſchen Seite begeben. Es ſpielen ſich ähnliche Szenen ab, wie beim Vormarſch der bulgariſchen Armee 1912. Die Alliierten haben außerordentliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Zu ernſten Kämpfen iſt es jedoch noch nicht gekommen, doch haben **neue Vorpoſtengefechte ſtattgefunden.** In militäriſchen und politiſchen Kreiſen wird die **Lage immer noch als ſehr ernſt betrachtet.** Es beſtehen — und hierin liegt **die große Gefahr — erhebliche Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen der griechiſchen Leitung und den Alliierten.** Aus beſtinformierter Quelle läßt ſich ſagen, daß die **Italiener, Engländer und Franzoſen zuſammen über nicht mehr als 4—5000 Bajonette verfügen. Die Griechen landen fortwährend neue Truppen und Artillerie.** Wenn das auch nur ein griechiſcher Bluff ſein ſollte, ſo iſt die Möglichkeit eines Konfliktes doch vorhanden. **Unter den in Thrazien gelandeten griechiſchen Truppen herrſcht ein patriotiſcher Angriffsgeiſt.** Wie „Morningpoſt“ aus Konſtantinopel meldet, habe **Muſtafa Kemal den Franzoſen militäriſche Hilfe angeboten** und erklärt, daß er die neutrale Zone in Kleinaſien nicht verletzen würde. Wie dieſelbe Meldung beſagt, glauben die **Alliierten Konſtantinopel im Falle eines griechiſchen Angriffes bis zum Eintreffen von Verſtärkungen aus Aegypten, Malta und Syrien halten zu können.**

Das Spiel mit dem Feuer

Auf dem Balkan iſt es wieder einmal ſehr brenzlich geworden. Eigentlichen Frieden hat es dort ſeit zehn Jahren überhaupt nicht gegeben. Dem Krieg der Bulgaren, Serben und Griechen gegen die Türkei mit anſchließendem Krieg Serbiens und Griechenlands gegen Bulgarien folgte bald der **Weltkrieg**, der die Balkanländer aufs Neue ſchwer verwüſtete. Seit im übrigen Europa die Waffen ruhen, wüten die Kriegsfurien im Orient weiter. Bald ſiegten die Türken, bald die Griechen. Da aber beide Länder aufs höchſte erſchöpft ſind, kam es ſchließlich zur Waffenruhe. Dieſe Waffenruhe drohte dieſer Tage wieder einmal von kriegeriſchen Abenteuern abgelöſt zu werden. Die Griechen landeten Truppen in Rodoſto und trugen ſich mit dem Gedanken, auf Konſtantinopel zu marſchieren.

Das Vorgehen Griechenlands iſt nur im Zuſammenhang mit den Gegenſätzen zwiſchen der franzöſiſchen und engliſchen Orientpolitik zu verſtehen.

Frankreichs Verlangen ſteht nach einer Machtſtellung am Bosporus. Durch den Friedensvertrag war Trazien an Griechenland gefallen. Frankreich iſt beſtrebt, dieſen griechiſchen Kriegsgewinn zu ſchmälern. Es tritt für eine Verſelbſtändigung Traziens ein, für eine ſogenannte Internationaliſierung, wie wir ſie in Danzig ſehen. Das ging der engliſchen Politik aber wider den Strich. England will Griechenland ſich als treuen Wächter am Bosporus erhalten. So begegnen ſich die Gegenſätze zwiſchen der Türkei und Griechenland auf einer Ebene mit den Gegenſätzen zwiſchen Frankreich und England.

Griechenland iſt durchaus unzufrieden damit, daß Smyrna durch den Beſchluß von London an die Türkei zurückgegeben werden ſoll. Kurz entſchloſſen, ermutigt durch das Chaos im Orient, gab es ein Statut heraus, nachdem Smyrna die politiſche Selbſtändigkeit gegeben war. Selbſtverſtändlich, daß dieſe Selbſtändigkeit unter griechiſcher Oberherrſchaft gedacht iſt. Die in Smyrna anſäſſigen Griechen ſind jedoch von der griechiſchen Herrſchaft gar nicht erbaut. Während ihrer Zugehörigkeit zum osmaniſchen Reich waren ſie wenig von Laſten bedrückt. Seit ihrer Zugehörigkeit zu Griechenland iſt das anders geworden. Dieſe Aenderung dämpfte den Patriotismus der Griechen in Smyrna. Unter erneuter türkiſcher Herrſchaft hofften ſie auf Erleichterung dieſer Laſten. Dieſer Stimmung wollte Griechenland durch die Verſelbſtändigung Smyrnas begegnen.

Frankreich will von einem großen Griechenland nichts wiſſen. Auch Italien ſteht einer Entwicklung Griechenlands zu einem größeren Griechenland mit großem Mißbehagen gegenüber. Die Neutraliſierung Traziens ſoll den territorialen Beſitz Griechenlands ſchwächen, und die Türken von der griechiſchen Gefahr befreien. Daher ſucht Frankreich auch Bulgarien, Rumänien und Südſlavien für ſeine Neutraliſierungspläne zu gewinnen. Rumänien brauche, wenn die Dardanellen verſchloſſen werden, einen ungehinderten Handelsweg über ein neutraliſiertes Trazien. Südſlavien habe wegen Saloniki die gleichen Intereſſen uſw.

Adrianopel gleicht einem Heerlager. Unausgeſetzt werden Reſerve und Landwehr zu ihren Truppen gerufen. Oberſtkommandierender iſt General Hadjianeſtis. Er hält die Armee für fähig und bereit, Konſtantinopel ſofort zu nehmen. Es fragt ſich nur, was Großes damit erreicht wird. Griechenland hat keineswegs die Gewähr, für den Fall der Einnahme Konſtantinopels oder gar ganz Anatoliens, in England die genügende Rückenſtärke zu finden. England und Frankreich ſind vorderhand noch aneinander gebunden, ſo groß auch die Gegenſätze ſein mögen. In der Tat hat denn auch nicht nur Frankreich, ſondern auch England Griechenland zu verſtehen gegeben, daß einem griechiſchen Vormarſch auf Konſtantinopel Ententetruppen Widerſtand leiſten würden. Erreichbare Ententetruppen wurden bereits in Marſch geſetzt.

Das hat offenbar auch Griechenland ein wenig zur Vorſicht gemahnt. Nach einer Reutermeldung wurde der engliſchen Regierung die „feſte Zuſicherung“ gegeben, daß „kein peinlicher Zwiſchenfall“ eintreten werde. Der türkiſche Miniſter dagegen hat dem Oberkommiſſar der Entente eine Note überreicht, die genaue Mitteilungen über die griechiſche Truppenzuſammenziehung an der thraziſchen Grenze enthält. Die Note gibt die Nummern der Regimenter an und meldet die Abfahrt von fünf Transportzügen von Adrianopel gegen Tſchorlu und Tſcherkeßköi. Die angeſammelten Truppen ſeien in einer Stärke von dreißigtauſend Mann erſchienen. Dieſe Truppenbewegungen überſchritten durch ihre Größe das Maß einer gewöhnlichen Bewegung. Die Note lenkt die Aufmerkſamkeit auf dieſe Truppenanſammlung und drückt die Hoffnung aus, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um eine etwaige Verletzung der Neutralität Konſtantinopels, die durch die Großmächte proklamiert worden ſei, zu verhindern.

Für den Augenblick ſcheint die Gefahr eines neuen Balkankrieges gebannt. Ob auf die Dauer, bleibt dahingeſtellt. Es iſt natürlich auch nicht ausgeſchloſſen, daß Griechenland mit ſeinem kecken Vorgehen, mit ſeinen Truppenlandungen und Truppenanſammlungen gegen die Türkei nur auf endgültige Entſcheidung drängen, die ganze Angelegenheit in der nachdrücklichſten Weiſe auf die Tagesordnung bringen will. Doch der gute Wille hat oft nicht vermocht, geladene Waffen ſo zu ſichern, daß ſich nicht plötzlich ein Schuß löſt, der den ganzen Park der Kriegsmordwerkzeuge in vernichtende Tätigkeit ſetzt.

Schuld an den neuen Balkangefahren, Gefahren, die leicht auf andere Gebiete überſpringen können, hat die Entente. Hat jemals eine Siegergruppe ſich unfähig erwieſen, die durch Krieg aus den Angeln gebrachte Welt wieder in gewohnten Gang zu bringen, ſo die große Entente aus dem letzten Weltkrieg. Alle Maßnahmen, zum Teil eingegeben von der Not, zum Teil von der imperialiſtiſchen Beutegier, haben ſich als ruinös erwieſen. Obwohl es alter Kriegsbrauch, den niedergeworfenen Gegner der eigenen Intereſſen wegen nicht einfach zu pfählen, ſondern als Sklave nach Kräften auszubeuten, überſah man ganz, daß man die Beſiegten ſchon des eigenen Vorteils willen die zur Krafterhaltung notwendigen Lebensmöglichkeiten belaſſen und nötigenfalls ſogar beſchaffen muß.

Auch für Deutſchland werden dieſe Vorgänge auf dem Balkan nicht ohne mißliche Folgen bleiben. Die Entente hat wieder alle Hände voll zu tun, um die Feuerzeichen im Orient zu bannen. Darunter werden die Verhandlungen über die Reparationen, die ſo ſehr der ſchnellen Erledigung bedürfen, eine Verzögerung erleiden. Außerdem aber beſteht auch die Gefahr, daß Frankreich für Zugeſtändniſſe im Orient Konzeſſionen gegenüber Deutſchland eintauſcht. Das wiederum iſt für die geſamte Weltwirtſchaft von einſchneidenſter Bedeutung. Mag alſo der Ausbruch neuen Kriegsfeuers auf dem Balkan verhindert werden, eine Gefahr für den Wiederaufbau der Welt iſt geblieben.

Packt zu!

Unter dieſer Ueberſchrift ſchreibt Hermann Wendel in der „Frankfurter Volksſtimme“:

„Jetzt aber iſt es an der Zeit, alle Lauheit und Laſchheit abzuſchütteln. Das Geſetz zum Schutze der Republik, das nicht Nationaliſten-, ſondern Nationalunkengeſetz, iſt ſeit einigen Tagen in Kraft und ahndet die Beſchimpfung oder Verleumdung getöteter Regierungsmitglieder, die Billigung und Verherrlichung von Gewalttätigkeiten gegen Regierungsmitglieder, die Beſchimpfung der republikaniſchen Staatsform, ihre Herabwürdigung durch Beſchimpfung der Regierungsmitglieder und die öffentliche Beſchimpfung der Reichs-Landesfarben mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldſtrafen bis zu einer Million Mark; wer künftig von der „Schieberrepublik“ ſchwafelt oder gemütvoll meint, daß „an dem Jud' Rathenau nix gelegen“ ſei, kann ganz gehörig bei den Hammelbeinen gepackt werden. Das Geſetz wird ſich aber in dieſer Richtung nur dann als wirkſam erweiſen, wenn ſich „der Mann auf der Straße“ ſeiner annimmt. Wir ſind keine Sykophanten und Spitzel. Wir werden nicht die Ohren langmachen, um ein ruhiges Privatgeſpräch zweier Bekannter zu belauſchen und dazwiſchen fahren. Aber wer am Kneiptiſch ſo laut die Miniſter als „Gauner, die ſich die Taſchen füllen“, beſchimpft, daß das ganze Zimmer es hören kann. Wer auf dem Hinterperron der Trambahn mit herausfordernd erhobener Stimme über die „Judenrepublik“ krakeelt. Wer vor den Mitreiſenden im Zug aus, ſeinem mit reaktionärem Schlamm gefüllten Herzen keine Mördergrube macht, der begibt ſich des Rechts auf den Schutz des Privatgeſprächs; der redet öffentlich und ſoll auch den Mut haben, für ſeine Worte einzuſtehen. Darum, Arbeiter, Republikaner, Sozialiſten, in ſolchem Fall packt zu! Legt dieſen gemeingefährlichen Hetzern das Handwerk, indem ihr den nächſten Schupomann herbeiruft oder ihre Perſönlichkeit auf andere Weiſe feſtſtellen laßt, und es wird dafür geſorgt werden, daß ſich dieſe Verleumder wenigſtens über die „Schlappheit“ der Republik nicht mehr beſchweren können.“

Der Dolchſtoß gegen die Dolchſtoßlegende

Die Legende vom „Dolchſtoß im Rücken des ſiegreichen Heeres“ ſpukt weiter in der monarchiſtiſchen Preſſe. Nach den Behauptungen der Erdolchten, ſoll dieſes Wort zuerſt von dem engliſchen General Maurice geprägt worden ſein. Es ſind nun wiederholt Verſuche gemacht worden, die Aeußerung des engliſchen Generals authentiſch feſtzuſtellen. Das war bisher vergeblich. Jetzt gibt der Oberſt Schwertfeger, der militäriſche Mitarbeiter der rechtsſtehenden Preſſe, in der „Korreſpondenz für Politik und Geſchichte“ folgende Erklärung des Generals Maurice wieder:

> „Ich habe niemals an irgend einer Stelle der Meinung Ausdruck verliehen, daß der Kriegsausgang, ſo wie er ſich abgeſpielt hat, der Tatſache zu verdanken ſei, daß das deutſche Heer von dem deutſchen Volk rückwärts erdolcht worden ſei. (Dolchſtoß der Heimat.) Im Gegenteil habe ich immer die Meinung vertreten, daß die deutſchen Heere an der Weſtfront, am 11. November 1918, aus militäriſchen Gründen eines weiteren wirkſamen Widerſtandes nicht mehr fähig waren. Ich habe geſagt, daß, wenn man dem deutſchen Heere Zeit gelaſſen hätte, ſich zu erholen, dies dann wahrſcheinlich den Kampf noch verlängert haben würde, daß aber eine endliche Niederlage unvermeidlich war. Dieſe Anſchauungen, die ich in meinem Buche „Die letzten vier Monate“ (Last four months) ausſprach, halte ich aufrecht und habe ſie immer aufrecht erhalten.“

Die Dolchſtoßlegende wäre damit eigentlich erdolcht und für immer abgetan. Aber unſere Nationaliſten wiſſen, daß ſie mit dieſer Legende noch immer Dumme einfangen können. Sie wiſſen vor allem, daß die Republik, als Schöpfung der Revolution, im Anſehen ſinken muß, wenn die Revolution für den militäriſchen Zuſammenbruch verantwortlich gemacht wird. Deshalb iſt es gebieteriſche Pflicht, unabläſſig die wahren Urſachen des Zuſammenbruchs in den Vordergrund der politiſchen Agitation zu ſtellen. Nichts iſt politiſch wirkſamer als immer wieder nachzuweiſen, daß für den Krieg, ſeine Verlängerung ins Maßloſe, ſeine wirtſchaftlichen Folgen und für den Zuſammenbruch überhaupt, die kaiſerlichen Machthaber, unſere heutigen Nationaliſten allein verantwortlich ſind.

Bayeriſche Verſchleppungspolitik

Die bayeriſche Regierung hat es bis heute noch nicht für nötig befunden, auf das Schreiben des Reichspräſidenten an den Grafen Lerchenfeld zu antworten. Das allein ſpricht Bände. Die bayeriſche Regierung muß ſich bewußt ſein, daß ihre Obſtruktion die geſamte politiſche Lage aufs äußerſte gefährdet. Es muß dringend von der Reichsregierung verlangt werden, daß ſie ein wenig Dampf hinter den bayeriſchen Schneckengang macht. Es war ſchon vom bayeriſchen Geſandten in Berlin geſagt worden, daß die bayeriſche Regierung Zeit gebrauche, ihre Stellung gegenüber der Reichsregierung zu präziſieren. Es heißt aber die Geduld der republikaniſchen Bevölkerung aufs ſchwerſte mißbrauchen, wenn nicht endlich Entſcheidung verlangt und nötigenfalls die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der verfaſſungsmäßig zuſtande gekommenen Geſetze getroffen werden.

Die Dena berichtet von peſſimiſtiſcher Stimmung in Berlin. Daß die bayeriſche Regierung durch ſamtpfötiges Entgegenkommen zur Vernunft gebracht werden könnte, glauben wir nicht. Die bayeriſche Regierung ſabotiert doch nicht nur die Geſetze zum Schutze der Republik, ſondern auch andere reichsrechtliche Beſtimmungen. So z. B. auch die Durchführung von Verordnungen des Reichsrats, die ihr aus irgendeinem Grunde nicht genehm ſind. Vom 11.—13. Juli fanden in Nürnberg, Würzburg und München ſehr zahlreich beſuchte Proteſtverſammlungen der Berufskraftfahrer ſtatt, in denen gegen die wilde Chauffeurausbildung in Bayern proteſtiert und mit Entrüſtung feſtgeſtellt wurde, daß der § 6 der Reichsratsverordnung vom 1. März 1921 betr. Ausbildung von Kraftfahrzeugführern (Reichsgeſetzblatt Nr. 26) von der bayeriſchen Regierung bis heute noch nicht durchgeführt wurde. Die Verſammelten forderten mit aller Entſchiedenheit, daß das bayeriſche Miniſterium des Innern ſeine paſſive Reſiſtenz gegen den § 6 der Verordnung aufgebe und beauftragten die Gauvorſtände 6 und 7 des Deutſchen Verkehrsbundes, bei der bayeriſchen Regierung mit aller Entſchiedenheit die Anwendung des § 6 der genannten Verordnung zu fordern.

Wenn die Reichsregierung ſolchem Treiben der bayeriſchen Regierung noch lange tatenlos zuſehen will, dann wahrt ſie alles andere eher als die Einheit des Reichs.

Verbot des „Berliner Lokalanzeigers“

Wie die P. P. N. hören, wird vom Mittwoch, den 2. Auguſt, ab der „Berliner Lokalanzeiger“ durch Verfügung des Berliner Polizeipräſidenten auf die Dauer von drei Wochen verboten werden.

Warum erfolgte das Verbot? Weil der „Lokal-Anzeiger“ ſchrieb, daß ſich die Reichsregierung entſchloſſen habe, um den Wünſchen der Dritten Internationale, die deutſche Revolution endlich weiterzutreiben, nachzukommen, die Rechte zu entwaffnen. Der ruſſiſche Kriegskommiſſar ſei von dem Volkskommiſſar für Aeußeres ermächtigt worden, etatsmäßige Stellen im Auslande auf ſcheinbar untergeordnetem Platze mit Spezialiſten des roten Generalſtabs zu beſetzen. Ein Abgeordneter des Moskauiſchen Generalſtabs ſei bereits in Berlin in einer Eiſenbahnkommiſſion untergebracht. Das Geſetz zum Schutze der Republik ſei eine ſiegreiche Etappe der vorwärtsſchreitenden Weltrevolution. Nur der Block Bayerns ſei noch zu zerſtören, und Bayern müſſe deshalb diskreditiert werden. Bayerns hiſtoriſche Sendung beſtehe heute darin, die deutſche Einheit gegenüber der internationalen Verbundenheit der Sowjet-Leute und der Börſenmagnaten zu bewahren. Es ſei gelungen, Dr. Wirth davon zu überzeugen, daß nur die Bildung einer reinen Arbeiterregierung den Ausbruch der Konterrevolution verhindern könne.

So viel Blödſinn auf ſo engem Raum kann man nur im „Lokal-Anzeiger“ konzentrieren. Nicht umſonſt nennt ihn der Volksmund „Skandal“-Anzeiger. Dieſen Namen hat er mit den vorzitierten Schauernachrichten wieder einmal alle Ehre gemacht. Aber von dem Deliranten, der den Schmiericht zuſammenphantaſierte, müßte der Mitwelt ſchon aus pathologiſchen Gründen ein Konterfei geſchenkt werden.

---

11. Auguſt, Nationalfeiertag

Obwohl der Reichstag vor der Vertagung nicht mehr zur Abſtimmung über den Antrag der Koalitionsparteien, den 11. Auguſt zum Nationalfeiertag geſetzlich zu erheben, abſtimmen konnte, ſoll trotzdem im ganzen Reiche der 11. Auguſt feierlich begangen werden. In Berlin findet am Vormittag des 11. Auguſt eine Feier im Reichstag ſtatt, in der, wie bereits bekannt, der badiſche Staatspräſident Hummel die Feſtrede halten wird. Während der Feier im Reichstag wird die Muſikkapelle einer Reichswehr-Ehrenkompagnie vor dem Hauſe konzertieren. Für den Abend iſt im Staatstheater eine künſtleriſche Feier vorgeſehen, zu der der Reichspräſident die Einladungen ergehen läßt. Von der republikaniſchen Jugend wird ein Fackelzug geplant, der vor dem Staatstheater enden ſoll. Wie in Berlin, ſo werden auch im Lande die Staatsbehörden den 11. Auguſt durch einen Feſtakt feierlich begehen. Ueber die Einzelheiten dieſer Feiern, insbeſondere über die in den Schulen, ſchweben noch Verhandlungen, die in den nächſten Tagen zum Abſchluß kommen werden.

Der „ſengende Blitzſtrahl“ von Budapeſt

Unter der Anklage der öffentlichen Ruheſtörung ſtand der ungariſche Pogromheld Iwan Heijas vor dem Strafbezirksgericht von Budapeſt. Heijas hatte in einer öffentlichen Rede im Zuſammenhang mit den Raubmorden von Orgovany betont, der Befehl, die Juden von Izcak zu ermorden, werde nicht ſein letzter derartiger Befehl ſein. Gegebenenfalls werde er für Budapeſt der ſengende Blitzſtrahl ſein. Heijas' Freunde bereiteten ihm im Gerichtsſaal eine Ovation. Auch wurde er beim Betreten der Anklagebank mit Blumen beworfen. Heijas gab zu, die Worte gebraucht zu haben. Er habe ſie gemeint, wie das Publikum ſie aufgefaßt habe. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung. Heijas erklärte hierauf, „er habe auf ſeinem Gebiet ſerbiſche, rumäniſche und tſchechiſche Freunde und werde mit dieſen Leuten erbarmungslos verfahren“. Als ich ſagte, ich hätte noch nicht meinen letzten Befehl gegeben, dachte ich daran, daß es auch in den abgetretenen Gebieten derartige Elemente gibt und daß noch die Notwendigkeit eintreten werde, weiter derartige Befehle zu erteilen. Wenn man mich beſchuldigt, gewiſſe Geſellſchaftsſchichten erſchreckt zu haben, ſo antworte ich darauf, daß die Unterhoſen erſchrockener Leute nicht das Barometer des Gerichts bilden dürfen!“ Der Angeklagte wurde vom Vorſitzenden wegen dieſer Aeußerungen zur Ordnung gerufen.

Das Gericht urteilte dann dahin, die Rede ſei keine Ueberſchreitung der Vorſchriften über die öffentliche Ruhe geweſen. Da aber die Rede Drohungen enthalte, ſeien die Akten dem für das Vergehen der Aufreizung zuſtändigen Gericht zu überweiſen. Heijas hat einen Tag nach dieſer „Verhandlung“, am 30. Juli, in der Preſſe eine öffentliche Erklärung losgelaſſen. In dieſer betonte er, daß er zwiſchen Donau und Theiß über ein Detachement verfüge, das keine Macht verfolgen, geſchweige denn auflöſen könne.“ Ich bin alſo auf keinerlei Anwerbungen angewieſen. Meine Leute ſtehen auf meinen Wink bereit und werden jeden Befehl, möge er wie immer beſchaffen ſein, ohne weiteres Nachdenken ausführen. Wenn ich mit meinen erprobten Leuten das Gebiet dieſes Landes verlaſſe und auf das Gebiet eines fremden Staates übertrete, und dort etwas begehe, ſo kann ich nur allein zur Verantwortung gezogen werden, nicht aber die ungariſche Regierung. Gerade jetzt hatte ich die Zeit zum Handeln für gekommen erachtet.“

Noch lebend eingeſcharrt!

Etappenleben deutſcher Offiziere

Der Prozeß in Brügge gegen den Grafen **Gagern** und den **Prinzen v. Stolberg-Wernigerode** endete in Abweſenheit der Angeklagten mit deren Verurteilung zum Tode. Von den Verhandlungen wird bekannt:

Aus den deutſchen Unterſuchungsakten wird feſtgeſtellt, daß Prinz v. Stolberg-Wernigerode-Ilſar und der Chauffeur Schulz im April 1916 mit den Mitgliedern des deutſchen Militärgerichts den Tatort beſichtigten.

Auf dem Schauplatze angelangt, ſagte der Prinz zyniſch: „Ja, hier war es! Hier habe ich mich oft großartig vergnügt und viele Faſanen erlegt! (Wörtlich nach dem deutſchen Unterſuchungsprotokoll.) Der Kraftfahrer Schulz war nach ſeiner Ausſage beim Automobil ſtehen geblieben, als die beiden Offiziere den Grafen ins Waldesdickicht zerrten. Er hatte nur zwei Schüſſe fallen hören. Als die beiden Täter dann ohne den Grafen wieder aus dem Walde herausgetreten ſeien, hatte v. Gagern noch den Revolver in der Hand gehabt. Er habe gelacht und geſagt: **„Das dumme belgiſche Schwein hat nicht einmal ſchießen können!“** Beide Offiziere, für die er eine Schaufel im Kraftwagen habe mitführen müſſen, hätten ihm ſchon vorher geſagt, daß es ſich um „ein Duell auf Leben und Tod“ handele. Sie hätten ihm ſtrengſtes Stillſchweigen befohlen und im Falle des Weitererzählens mit ſofortiger Verſchickung in den Schützengraben gedroht.

Der deutſche kriegsgerichtliche Befund der Leiche iſt damals zu dem Ergebnis gelangt, daß der Ermordete allem Anſchein nach noch lebend eingeſcharrt worden iſt. Die Leiche lag in gekrümmter ſitzender Stellung in einem ungefähr 80 Zentimeter tiefem Loch. Der Mund war voll Erde, die bis in die Luftröhre eingedrungen war. Ein Zeichen, daß der Vergrabene noch geatmet hatte. Beide Hände waren geballt und bargen Erdreich. Auch die Fingernägel waren voll davon.

Von den Zeugenausſagen der Brügger Verhandlung ſei wiedergegeben. Die Witwe des Ermordeten beſtritt, mit Gagern ein Liebesverhältnis gehabt zu haben. Sie könne ſich deſſen Tat nicht erklären. Der Bürgermeiſter De Vrièrs hat der Ausgrabung der Leiche beigewohnt. Er behauptet, der Zuſtand der Leiche hätte auch dem Laien zeigen müſſen, daß der Ermordete noch lebend verſcharrt ſei. Ein früherer Diener ſagt aus, daß der Prinz der Gräfin Briefe Gagerns zugeſteckt hat. Ein in der Nähe der Mordſtelle wohnender Arbeiter ſah an dem Mordtage das Automobil der beiden adligen Mörder vorbeifahren. Ein deutſcher Feldjäger ſei auf ihn zugetreten und habe ihm befohlen, ſich ſofort in das Hausinnere zu begeben und ja nicht aus dem Fenſter zu ſehen. Es ſei gefährlich, man verfolge einen engliſchen Spion. Der Zeuge habe trotzdem nach dem Walde geſehen. Da habe er bemerkt, daß der Weg nach dieſem Platze von Feldgendarmen abgeſperrt geweſen ſei. Wenige Minuten darauf habe er zwei Schüſſe fallen hören.

Das Dienſtmädchen Hortenſe Cornelia, Hausangeſtellte des Notars Schouteet in Theel ſagt aus: Bei ihrer Herrſchaft wohnte der deutſche Unterſuchungsrichter, Geheimer Oberkriegsgerichtsrat v. Beveren. Der Oberkriegsgerichtsrat habe mehrfach geäußert, daß kein Totſchlag, ſondern vorbedachter Mord vorliege. Ein Kriegsgerichtsrat aus Gent habe die Wiederaufnahme des Verfahrens gefordert. v. Beveren antwortete ihm aber, daß v. Gagern mit ſeinem Urteil ſehr zufrieden ſein könne. Der ehemalige deutſche Unterſuchungsrichter iſt dann in der belgiſchen Geſandtſchaft im Haag durch den Unterſuchungsrichter Heyvaert befragt worden. Der Vorſitzende verlieſt ſeine Ausſage. Geißler hat in der Mordſache ſeinerzeit den Detektiv geſpielt. Seine Ausſagen decken ſich mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme. Die Dienſtboten hätten ſeinerzeit erzählt, daß Gräfin Cécile d'Udekem d'Acoz mit dem Gedanken umgehe, ſich nach dem Kriege von ihrem viel älteren Gatten ſcheiden zu laſſen, um den Freiherrn v. Gagern zu heiraten. In längeren Ausführungen beſtreitet die nochmals vernommene Gräfin erneut das Liebesverhältnis. Der ebenfalls wiedervernommene Bürgermeiſter De Vrière ſagt aus: Als Major Tſchammer hörte, daß die Leiche des Grafen entdeckt worden ſei, ſagte er in meinem Beiſein zu ſeinem Adjutanten: „Sehen Sie nun! Ich habe Ihnen ja allezeit geſagt, daß es ſo ſein würde. Es iſt eine verdammt dreckige Sache für uns!“ Der Major ließ mich dann bis Mitternacht einſperren. Dann wurde ich durch einen deutſchen Kriegsgerichtshof verhört. Der Zeuge hat ſeinerzeit auch der Hauptverhandlung des deutſchen Feldkriegsgerichts in Brüſſel beigewohnt. Die Sache wurde dann ſo dargeſtellt: von Gagern habe den Grafen zu einem Duell aufgefordert. Dieſer habe das verweigert. Der Rittmeiſter habe ſich darüber aufgeregt und in einem Wutanfall den Grafen niedergeſchoſſen. von Gagern ſei dann auch nur wegen des zweiten Schuſſes, des ſogenannten Fangſchuſſes, der den Ermordeten den Reſt geben ſollte, wegen Totſchlags zu 15 Jahren Zuchthaus und der Prinz zu ſechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Soweit die bekannt gewordenen Einzelheiten der Brügger Verhandlung. **Deutſchland hat die Pflicht, dieſen Schandfleck auf ſeiner Ehre abzuwiſchen. Das Verfahren muß ſchleunigſt wieder aufgenommen und die Schuldigen zur Rechenſchaft gezogen werden.**

Rheinland-Weſtfalen für die Einheitsfront

Ein Aufruf der Landesleitung der USP.

Die Landesleitung der USP. für Rheinland-Weſtfalen erläßt einen Aufruf zur Einigung des Proletariats. Es heißt darin, daß die USP. ſeit Jahren die Einigung des ſozialiſtiſchen Proletariats als ihre Hauptaufgabe angeſehen habe. Darum könne jetzt der **Wille zur Einigung**, der ſich überall rege, **um ſo freudiger begrüßt werden.** Dann heißt es weiter:

„Die Landesregierung der USPD. in Rheinland-Weſtfalen wird, getreu den Grundſätzen der Partei, **die Einigungsbeſtrebungen nach Kräften fördern.** Sie iſt ſich aber auch bewußt, daß die Einigung der beiden ſozialiſtiſchen Parteien **nicht lediglich als eine organiſatoriſche Maßnahme** betrachtet werden darf, ſondern **daß es ſich um die Herſtellung einer einheitlichen Kampfesfront der ſozialiſtiſchen Kopf- und Handarbeiter handeln muß.**

Davon ausgehend, empfiehlt die Landesleitung den Parteimitgliedſchaften, die Ausſprache über die Einigungsfrage grundſätzlich zu geſtalten. Die im **Erfurter Programm** ausgedrückte theoretiſche Erkenntnis von den Entwicklungstendenzen der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft und von der **Notwendigkeit des proletariſchen Klaſſenkampfes muß als Grundlage der Diskuſſion** dienen.

Nicht ſo ſehr kommt es jetzt darauf an, **begangene Fehler bis ins einzelne zu zergliedern oder Perſonenkritik** zu üben, ſondern **angeſichts des furchtbaren Ernſtes der Lage, angeſichts der großen Gefahren, die dem Proletariat drohen, muß von allen Seiten der gute Wille** gezeigt werden, auf einer **gemeinſamen Kampfgrundlage** ſich zuſammenzufinden.

Daher kann und darf die Einigung nicht vollzogen werden durch gedankenloſes Hinüberwechſeln von einer zur anderen Partei. Das würde **Einigungsduſelei bedeuten**, die nicht zum Nutzen, ſondern **zum Schaden** für das Proletariat auslaufen würde. Nur **in der Verſtändigung über eine theoretiſche** und der **heutigen Zeit entſprechende praktiſche Grundlage**, auf die beide Parteien zu treten vermögen, kann ein Fundament **für eine dauernde Einigung erblickt werden.**

Solche Verſtändigung kann nicht örtlich oder bezirksweiſe gefunden werden, ſie iſt beiderſeits **Aufgabe der Geſamtparteien**, repräſentiert durch ihre Parteitage.

Darum ſind alle örtlichen oder bezirksweiſen Vereinbarungen zu meiden."

Zum Schluß werden die Genoſſen **aufgefordert**, gerade in dieſen hiſtoriſchen Stunden unermüdlich für die Partei zu werben. Je geſchloſſener die Partei bleibe, deſto eher werde die zu ſchaffende gemeinſame Kampfgrundlage den Bedürfniſſen des proletariſchen Klaſſenkampfes entſprechen.

In Hagen in Weſtfalen ſprach am Sonntag vor den Partei- und Gewerkſchaftsfunktionären der USP. aus dem geſamten weſtfäliſchen Induſtriegebiet Genoſſe **Robert Dißmann** über den Leipziger Gewerkſchaftskongreß. Genoſſe Dißmann kam dabei auch auf die politiſche Lage zu ſprechen und das aus der Rathenauaktion heraus entſtandene **Drängen der Maſſen nach Einigung.**

Genoſſe Dißmann betonte, daß er **als Gewerkſchaftler die Arbeitsgemeinſchaft, als Politiker die Koalitionspolitik ablehne.** Deshalb hätte er auch, ſeiner Ueberzeugung von der Verderblichkeit der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien folgend, gegen den Beſchluß der Reichskonferenz geſtimmt. Doch nun, ſo fuhr er fort, hätte er als revolutionärer Kämpfer den Verhältniſſen Rechnung zu tragen und ſich mit den Beſchlüſſen abgefunden. Die **Vereinigung werde kommen, und es gelte, daraus den größtmöglichen Vorteil für das Proletariat herauszuziehen.** Da hätte für jeden Parteigenoſſen zur Richtſchnur zu gelten: **Haltet die Partei geſchloſſen zuſammen bis zum letzten Augenblick, geht geſchloſſen in die ſich bildende neue Partei, nehmt euren USP.-Geiſt mit herüber und den Willen, ſie in eurem Sinne aktiv voranzutreiben.**

Die **Haltung der Kommuniſten** beſprechend, fuhr Genoſſe Dißmann fort: Als Kämpfer kann man nicht untätig ſein, zu den Kommuniſten kann man nicht ſtoßen, weil deren Politik ſich lediglich auf ruſſiſche Bedürfniſſe einſtellt und die deutſchen außer Betracht läßt. Die Einigung der ſozialiſtiſchen Parteien darf aber keine Scheidewand zwiſchen dem ſozialiſtiſchen Proletariat und den kommuniſtiſchen Arbeitermaſſen aufrichten. Dieſe Einigung muß zum Endziel haben, **das Zuſammenballen aller proletariſchen Kräfte**, die die Verwirklichung des Sozialismus erſehnen, ſie wird dies Endziel nur erreichen können, wenn ſie eine Kampfgemeinſchaft im revolutionären pazifiſtiſchen Sinne ſein wird. Im Herbſt ſteht nicht mehr der Schutz der Republik allein zur Tagesordnung, ſondern der Kampf gegen den Hunger, gegen die Verelendung des Proletariats. Der Wagen der wirtſchaftlichen Entwicklung rollt dem Abgrund zu. Dieſen Tatſachen gegenüber haben **SPD.** und **USPD. ein Wirtſchafts- und Kampfprogramm aufzuſtellen**, das dem Sehnen der Maſſen nach Befreiung Rechnung trägt. **Gehen Sie**, ſchloß Genoſſe Dißmann, **alſo geſchloſſen in die ſich etwa neu bildende ſozialiſtiſche Geſamtpartei hinein**, aber nehmt eure Grundſätze mit, euren Kampfgeiſt, und daß nichts dabei verlorengeht!

Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskuſſion ſprachen ſich **alle Redner für die Einigung** aus. Genoſſe Dißmann konnte in ſeinem Schlußwort mit Befriedigung feſtſtellen, daß Referat und Diskuſſion in den Grundzügen übereinſtimmten. Jetzt gelte es, die Indifferenten aufzurütteln. Unſer Ziel ſei die ſozialiſtiſche Weltordnung. Nur in dieſem Sinne hätten wir zu kämpfen.

Sie wollen keine Zentraliſation

Die Gemeinde- und Amtsvorſteher des Kreiſes Ruppin beſchloſſen folgende Reſolution:

„Die in Neuruppin in großer Anzahl verſammelten Gemeinde- und Amtsvorſteher des Kreiſes Ruppin, die ſich zu einer Kreisabteilung Ruppin des Preußiſchen Landgemeindeverbandes zuſammengeſchloſſen haben, erklären ſich mit aller Entſchiedenheit gegen die Geſetzwerdung der im Entwurf vorliegenden Preußiſchen Landgemeindeordnung, weil ſie eine unvorteilhafte Zentraliſierung der Verwaltung, die den örtlichen Verhältniſſen nicht genügend Rechnung trägt, eine Beeinträchtigung der Selbſtverwaltung und eine Verteuerung der Verwaltung mit ſich bringen würde."

Solcher Reſolutionen dürften in den nächſten Monaten noch etwa 250 beſchloſſen werden. Denn, daß ſich, mit Ausnahme jener Kreiſe, in denen die Arbeiterſchaft ſtark iſt, Oſtelbien für eine Reform des Gemeindewahlrechts ausſpricht, wird niemand erwarten können. Bedauerlich iſt nur, daß der Entwurf der Landgemeindeordnung ſo wenig mit den deutſchnationalen Privilegien aufräumt. Aber ſelbſt die zahme „Reform" iſt den Oſtelbiern ſchon zu viel.

Gegen Stilkes Buchhandelsmonopol

Die Zentrumsabgeordneten Schreiber und Genoſſen haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

„Nach Zeitungsberichten (vgl. „Kölniſche Volkszeitung" Nr. 496 vom 28. Juni 1922) ſoll der Buchhandlung Stilke zurzeit ein Monopol im Bahnhofsbuchhandel eingeräumt werden. Durch ein derartiges Monopol werden nicht bloß wirtſchaftliche Intereſſen des Reichs, ſondern auch kulturelle Belange gefährdet. Dieſen letzteren Umſtand hat der Schutzverband deutſcher Schriftſteller zur Erörterung gebracht. Wir fragen: Sind der Reichsregierung dieſe Vorgänge bekannt? Wenn ja, iſt ſie bereit, in Frage des Bahnhofsbuchhandels einen Beirat von Abgeordneten hinzuzuziehen?"

Trotz dutzendweiſer Beſprechungen des Stilke-Skandals fand ſich das Reichsverkehrsminiſterium bisher nicht zu der kleinſten Aeußerung bereit. Die „Germania" kündigt jetzt bei der kommenden Beſprechung ſeines Etats eine eingehende Erörterung der Angelegenheit an.

Die Politik der geſpaltenen Zunge

Machs mal einer den Kommuniſten Moskauer Obſervanz recht! Wie er's auch anfängt, immer wird die kommuniſtiſche Preſſe das Gegenteil als richtig hinſtellen. Doch nicht nur das Verſchließen gegen die beſſere Einſicht iſt für die KPD. charakteriſtiſch, ſondern auch der tägliche Wechſel ihrer Parolen, je nach dem augenblicklichen Barometerſtand. Einem der „linken" KPD.-Blätter, der „Hamburger Volkszeitung", entnehmen wir:

> **Abg. Thälmann (KPD.)** bei den Debatten über den Schutz der Republik in der Hamburger Bürgerſchaft: „Der Diktatur **haben ſich die Demokraten und** Sozialdemokraten ſchon genähert, indem ſie erklären, daß die Mittel der Demokratie im **Kampf** gegen die Reaktion **nicht** genügen. **Wir begrüßen** dieſe Annäherung, da wir ja prinzipiell die Diktatur anſtreben." (H. V.-Ztg. 3. 7. 22.)

> **„Arbeiterverrat für einen Miniſterpoſten."** (Aus einem Artikel über Arbeitsgemeinſchaft zwiſchen SPD. und USP.): „Aber ſelbſt eine Regierungsbildung von der USP. bis zum Zentrum würde an dem arbeiterfeindlichen, reaktionären Charakter dieſer Regierung **nicht ein** Jota ändern. Ob Stinnes oder Klöckner, ob der deutſche Volksparteiler Heinze oder der Demokrat Geßler — **Jacke wie Hoſe!** Durch wirtſchaftliche Intereſſen aufs engſte verbunden, werden ſich die bürgerlichen Parteien niemals zu einem gegenſeitigen Kampfe aufraffen können." (H. V.-Ztg. — 15. 7. 22.)

Und auch die Berliner „Rote Fahne" bietet ein ſchönes Beiſpiel der Politik mit geſpaltener Zunge. Sie beſchäftigt ſich in dieſen Tagen mehrfach mit der Miniſterkriſe und der politiſchen Lage in Italien. Darüber ſchreibt ſie u. a.:

> „Die Sozialiſten haben ſich **bereit erklärt, an der Neubildung des Miniſteriums teilzunehmen. Damit iſt eine neue Grundlage für die Löſung der Kriſe** gegeben. **Demgemäß hat der König** heute vormittag die Verhandlungen mit den Präſidenten der Kammer und des Senats, de Nicola und Tittoni, wieder aufgenommen. In parlamentariſchen Kreiſen verlautet, daß auch ſozialiſtiſche Mitglieder des Parlaments vom König zur Beſprechung der Lage berufen werden würden.
>
> **Während in allen Städten Italiens Arbeiterblut fließt** und die Faſziſten einen planmäßigen Feldzug gegen die Arbeiterklaſſe organiſieren, gehen die italieniſchen Sozialdemokraten daran, **ſtatt der Einheitsfront des Proletariats die Koalitionsfront mit der Bourgeoiſie aufzurichten.**" („Rote Fahne" vom **30. Juli 1922.**)

> „Nachdem der Verſuch Orlandos geſcheitert iſt, greift man zu einer Regierung Facta zurück.
>
> Das Kabinett Facta hat ſich Anfang dieſes Jahres und in einem Augenblick gebildet, wo der Bürgerkrieg zwiſchen Arbeitern und Faſziſten einen Grad höchſter Intenſität angenommen hatte. Das Regierungsprogramm verſprach, die faſziſtiſche Gewaltpolitik zu bekämpfen. Aber die Zuſammenſetzung des Miniſteriums Facta ließ von vornherein die Ausführung der Regierungsverſprechen bezweifeln. Es **ſaßen in dem Miniſterium Agrarier, Nationaliſten und Mitglieder der äußerſten Rechtsparteien**, der eigentliche Vater und Geldgeber der weißen Terrorbanden. Nun ſoll Facta wiederkommen und mit ſeinen bisherigen Mitarbeitern und dem bisherigen Programm regieren. **Das bedeutet die** ſchrankenloſe **Herrſchaft** der Faſziſtenbanden **und eine Verſchärfung des ununterbrochenen Bürgerkrieges.** Das bedeutet ſchließlich eine Fortſetzung der antiproletariſchen **Politik**, die **das** frühere **Kabinett Facta** verfolgt hat **und eine Niederlage der ſozialiſtiſchen Kammerfraktion und der Politik Turatis, die in großem Maße, unter dem Druck der Arbeiterſchaft, gezwungen war, das Kabinett Facta zu ſtürzen.**" („Rote Fahne" vom 1. Auguſt 1922.)

Beteiligung der Sozialiſten an einer bürgerlichen Regierung iſt Verrat. Nichtbeteiligung eine „Niederlage". Gegen ſolche Politik iſt jede Polemik unmöglich.

Severings Verbot beſtätigt

Wie die P. P. N. von unterrichteter Seite erfahren, hat der auf Grund des Geſetzes zum Schutze der Republik geſchaffene Staatsgerichtshof in Leipzig in ſeiner erſten Sitzung am Dienstag, den 1. Auguſt, die Auflöſung des „Bundes der Aufrechten", die der preußiſche Innenminiſter Severing ausgeſprochen und gegen die der Bund Beſchwerde beim Staatsgerichtshof eingelegt hatte, ſeinerſeits beſtätigt, wodurch die Auflöſung endgültig wird.

Abbau der Entente-Kontrolle

Die Blätter veröffentlichten unlängſt Meldungen, in denen von einem unmittelbaren und ziemlich weitgreifenden Abbau in der interalliierten Militärkontrolle die Rede war. Hierzu erfährt die „Dena" aus hieſigen alliierten Kreiſen. Der Plan, die militäriſchen Kontrollkommiſſionen dem Perſonalbeſtande nach erheblich zu verringern, iſt alt, er hat ſchon vor etwa ſechs Monaten dem Oberſten Rat vorgelegen. Wenn nicht ſchon damals um den Abbau der Entente-Kontrolle gegangen wurde, ſo nur deshalb, weil die unaufhörlich ſich wiederholenden Waffenfunde und die Aufdeckung militäriſch organiſierter Geheimorganiſationen einen vorzeitigen Abbau nicht opportun erſcheinen ließen. Jetzt aber iſt die Militärkontrolle der Alliierten in Deutſchland für den Abbau in gewiſſem Umfange reif. Es wird daher vom 1. Oktober d. J. ab damit begonnen werden, und zwar durch Einziehung der Zweigſtellen der Kommiſſion Nollet in der Provinz.

Lohnerhöhungen in der Berliner Metallinduſtrie

Wie wir erfahren, haben die am 1. Auguſt ſtattgefundenen Verhandlungen mit dem Verband der Berliner Metallinduſtriellen und dem Deutſchen Metallarbeiterverband zu folgendem Ergebnis geführt: Die Löhne der männlichen Arbeiter werden mit Wirkung vom 31. Juli um 33⅓ Proz. erhöht, die Löhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen um 25 Proz., die der Arbeiterinnen über 18 Jahre um 70 Proz. des Männerlohnes, alſo ebenfalls um 33⅓ Proz. Die Familienzulage wurde erhöht für die Ehefrau von 1,25 auf 1,75 M. und für jedes Kind von 1,75 auf 2,25 M. Die Akkordarbeiter erhalten zu ihrem Akkordverdienſt einen feſten Stundenzuſchlag in der Höhe von 5—6 M. Der niedrigſte Einſtellungslohn beträgt mithin 29,65 M. in der Klaſſe, dazu drei Zuſchläge. Die anderen Klaſſen werden prozentual geregelt, ſo daß der Einſtellungslohn in der Klaſſe I 32,85 M. beträgt. Die Vereinbarungen gelten bis zum 27. Auguſt.

Streik bei A. Wertheim

Die Angeſtellten der Firma A. Wertheim beſchloſſen geſtern in einer überfüllten Verſammlung im Lehrervereinshauſe, wegen der grundloſen Entlaſſung der Betriebsräte Wilke und Lemkuhl am Mittwoch früh in den Streik zu treten. Streiklokale ſind die Sophienſäle und das Lehrervereinshaus.

Streik der Hochbahner beſchloſſen

Bei der am 1. Auguſt ſtattgefundenen Urabſtimmung haben von 2900 Beſchäftigten 2060 für den Streik geſtimmt, 329 für Arbeit, 35 Stimmen waren ungültig, zuſammen 2424. Somit iſt die Dreiviertelmehrheit erbracht und der Streik beſchloſſen.

Städtiſche Streiks in Oſtpreußen

Königsberg i. Pr., 1. Auguſt. Seit heute morgen ſtreiken in Königsberg, Inſterburg, Allenſtein, Lyck, Gumbinnen, Marienburg, Elbing und Braunsberg die ſtädtiſchen Arbeiter wegen nicht bewilligter Lohnforderungen.

Nicht rütteln am Achtſtundentag

Paris, 1. Auguſt. Wie die Abendblätter mitteilen, hat der Landesausſchuß der Matroſen der Handelsmarine geſtern beſchloſſen, in den Generalſtreik zu treten, falls der auf Reviſion des Achtſtundentages abzielende Verordnungsentwurf des Unterſtaatsſekretärs der Handelsmarine in Kraft geſetzt wird.

Der Vormarſch der Griechen ſtockt

(DA.) **Konſtantinopel**, 1. Auguſt. Das energiſche Vorgehen der Entente brachte hier einige Beruhigung zuwege. **Engliſche Truppen in Stärke von 4000 Mann ſind geſtern aus Kleinaſien angekommen, wurden auf die europäiſche Seite hinübergeſchafft und nach der Tſchataldſcha-Linie gebracht. Bei Kütſchük-Tſchekmedſche ſtehen franzöſiſche Truppen, auch ein italieniſches Detachement landete. Der Vormarſch der Griechen** ſcheint vorläufig zu ſtocken. Aus Konſtantinopel ſind viele Europäer auf die aſiatiſche Seite geflüchtet.

Kabinettsbildung in Italien

(EP.) **Rom**, 1. Auguſt. Das neue Miniſterium Facta (Facta war abermals mit der Kabinettsbildung betraut) ſetzt ſich wie folgt zuſammen: Miniſterpräſident Facta, Inneres Senator Tadei, Aeußeres Schanzer, Kolonien Ammendela, Aleſſio oder de Nava, Schatzminiſter Caratore, Finanzen Bertoni, Ackerbau Bertini, Unterricht Amile, Induſtrie Roſſi, Arbeit de la Sbarba, Krieg Soleri, Marine de Vito, Poſt und Telegraphen Fulci, öffentliche Arbeiten Riccio. Als Kandidaten für das Miniſterium der befreiten Gebiete werden die Abgeordneten Gaſſi und Carboni genannt. Unterſtaatsſekretär des Aeußern wird Tumarole. — Facta gedenkt, ſich der Kammer mit dem neuen Kabinett ſobald als möglich vorzuſtellen. Man ſpricht von der Wiedereröffnung der Kammer am nächſten Dienstag. Sie wird dann einige Sitzungen abhalten, um das neue Jahresprogramm feſtzuſtellen und das Budgetzwölftel zu verlängern.

England gegen Poincaré

(EP.) **London**, 1. Auguſt. Der diplomatiſche Mitarbeiter des „Daily Telegraph" ſchreibt: Poincarés unabhängiges Vorgehen in der Sache der monatlichen Zahlungen für die privaten Schulden wird in England heftig kritiſiert. Im Gegenſatz zu der allgemeinen Annahme wird dieſe Angelegenheit nicht von der Reparationskommiſſion, ſondern von 4 Handelsſachverſtändigen erledigt. Das Reſultat des Vorgehens ſei ein weiterer ſchwerer Markſturz gerade in der Zeit, als Dr. Wirth und ſeine Kollegen die Frage erwogen hätten, ob Deutſchland in dieſem Jahre überhaupt noch um Aufnahme in den Völkerbund nachſuchen ſolle, und unter welchen Bedingungen. Man wiſſe in Paris, daß England nicht wünſche, daß Deutſchland ſein Geſuch noch weiter hinausſchiebe.

40 Tote beim Eiſenbahnunglück

(EE.) Paris, 1. Auguſt. Heute gegen 3 Uhr morgens ereignete ſich auf der Strecke nach Lourdes ein furchtbares Eiſenbahnunglück. Zwiſchen den Stationen Mirande und Villecomtal ſtürzte ein Zug, der eine Höhe erklimmen ſollte, auf einen hinter ihm herfahrenden. Es gab einen gewaltigen Zuſammenſtoß. Sechs Wagen wurden vollſtändig zertrümmert. 40 bis 50 Tote ſollen zu beklagen ſein.

Die Rote Gewerkſchaftsinternationale. Der zweite Kongreß der Roten Gewerkſchaftsinternationale iſt infolge der notwendigen umfaſſenden Vorbereitungen auf den 20. November d. J. verſchoben worden. Die Gewerkſchaftsorganiſationen werden aufgefordert, bis zum 20. September ihre Meldungen einzureichen.

Die Kommunal- und Kreiswahlen in Thüringen. Die Gemeinde-, Stadt- und Kreiswahlen in Thüringen finden, falls es auch den größeren Städten gelingt, bis zum 12. Auguſt die Wählerliſten aufzuſtellen, am 10. September ſtatt; im anderen Falle würde eine Hinausſchiebung der Wahl um 8 Tage nötig ſein.

1 Dollar = 668 Mark

Hundert Mark!

und noch mehr, sparen Sie, wenn Sie Ihren Bedarf bei uns decken: Unser reich sortiertes Lager setzt sich zum Teil aus **alten Lagerbeständen** zusammen, die wir zu **fabelhaft billigen Preisen** herausbringen. Wir führen hier nur einige Beispiele unserer bekannten Billigkeit an und laden Sie zur Ueberprüfung derselben höflichst ein:

Kein Laden!

Damen-R'Chevr.-Schnürschuhe in guter Lederausführung, hübsche Form, alle Größen .... nur **M. 325.—**

Damen-R'Chevr.-Stiefel in guter Lederausführung, mit und ohne Lackkappe .... nur **M. 495.—**

Damen-Lack-Schnürschuhe in erstklassiger Verarbeitung, hübsche, kurze Form .... nur **M. 550.—**

Damen weiß Leinen, Schnür u. Spangen alles Leder ..... nur **M. 180.—**

Herren-Stiefel in bestem Naturleder, vorzügliche Lederausführung .... nur **M. 575.—**

Kein Laden!

Schuhhaus Katz

(vorn 1 Treppe) **10 Münzstrasse 10** (vorn 1 Treppe)

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
Täglich 7½ Uhr
Robert u. Bertram

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße 68
7½ Uhr
Die erste Geige

Staats-Theater
Schauspielhaus 7½ Uhr
Operettengastspiel
Die beiden Nachtigallen

Deutsches Theater
7½ Uhr:
Potasch und Perlmutter

Kammerspiele
7½ Uhr
Der Raub der Sabinerinnen

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr:
Die Maschinenstürmer

Theater in der Königgrätzer Str.
8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler.

Komödienhaus
Tägl. 8 U. „Gretchen"

Berliner Theater
7.45 Uhr.
Madame Flirt

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr
Verliebte Leute

Walhalla-Theater
7½ Uhr
Er und seine Schwester

Kasino-Theater.
Eröffnung 11. August
Lämmelmanns Bummelfahrt.

Rotter-Bühnen
Täglich 8 Uhr:
Residenz-Theater
Fedora

Trianon-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Theater des Ostens
5 Uhr: Konzert
7½ Uhr: Dorns Rosl

Metropol
Variete

Behrenstr. 54
täglich 8 Uhr
Carl Bolesko
in der
„Theateragentur"
Ramaskow-Truppe
Heinrich Kohlbrandt
3 Sellons
Willy Agoston
2 Bollingers
Lo Fleuron
Canova
Ilonka Szartory
Ernst Riedel

Theater am Kottbuser Tor
Jed. Abend 7½ Uhr
Elite-Sänger
Volkspreise!

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7/9
Täglich 7½ Uhr
Die Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten.
Ausser dem Spezialit.-Programm
Beginn des Konzerts 4½ Uhr

Spezialarzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsankuren, Blutuntersuch.
Dr. med. Lemmer' Ambulatorium.
Wochentags, Damen separ. 10-1, 4-7½, Sonnt. 10-12
Brunnenstr. 185 zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße.

Neue Welt

Arnold Scholz — Hasenheide 108/114

Täglich
Münchener Kellerfest
Oberbayern / Drehstübl
Tanzdiele / Pariser
Jazband / 100 bayr. Madl
5 Kapellen
Morgen: Grosses
Riesen-Fronten-Feuerwerk
Anfang 5 Uhr — Anfang 5 Uhr

Metzner

Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Rohrstühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Größte Auswahl Berlins.
Andreasstr. 23, Andreasplatz
Brunnenstr. 95, Seestr. 67
Leipziger Str. 84, Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Geschlechtskranke
Spezial-Arzt Dr. med. Dammanns Heilanstalt
1. Potsdamer Str. 123 B, 2 Friedrichstr. 81
3. Königstraße 56/57 am Alexanderplatz.
Sprechstund. 9—12, 4—7, Sonntag 10—12 nur Potsdamer Str. 123 B
Behandl. außerh. d. Sprechz. n. tel. Anruf Nollend. 104, Lützow 153, Zentrum 8724

Spezial-Arzt
Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid.; Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen. In der Heilanstalt „Löser".
Dir. O. Löser, Münzstr. 9, nahe Alex.-Pl.
10—1, 4—7. Sonnt. geschl. Damen separat.

Zahngebisse
Gold, Silber usw. kauft zum Selbstgebrauch Rüdersdorfer Strasse 35 I. Zahle Fahrgeldvergütung!

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft. Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tag. beseit. w., hierdch. unantastbare Heilerf. besteh. u. Refz. Invalidenstr. 138 von 3—5. **Jacoby.**

Die beſten u. b. billigſten Taſchenuhren v. 250.- M. an i. [illegible]
Uhren-Aloſe Berlin [illegible] Zoſſener Str. 8
Preisliſte gratis.

Fahrraddecken 95, 120, 150 M.
Luftschläuche 25, 35, 45 M.
Versand nach ausw. Eugen Schmidt, Berlin, Badstr. 11.

Metall [illegible] **Osten** [illegible]
zahlt Tagespreise f.
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Westoli 50, Saba, Juno, Moslem, Salem, Pico. Bülowstr. 94, I.

Tüchtige
Stenotypistinnen
äußerst flott in Stenographie u. Schreibmaschine
sofort gesucht
Meldungen: 1—2 Uhr mittags
5—6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Deutſcher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsſtelle: Berlin N 54, Linienſtraße 83—85
Geſchäftszeit von vorm. 9 bis nachm. Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Mittwoch, den 2. Auguſt 1922
Bezirks-Vertrauensmännerkonferenzen
in folgenden Lokalen:

1. **Bezirk:** Maſche, Weißenſee, Berliner Allee 251, nachm. 4 Uhr.
2. **Bezirk:** Comeniusſäle, Memeler Straße 67, nachm. 4½ Uhr.
3. **Bezirk:** Seßmann, Rigaer Straße 67, abends 5 Uhr.
4. **Bezirk:** Behr, Stralauer Allee 47, nachmittags 4½ Uhr
5. **und 7. Bezirk:** Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147, nachmittags 5 Uhr.
6. **Bezirk:** Neues Clubhaus, Neukölln, Hermannſtraße 166/167, nachmittags 5 Uhr.
8. **bis 10. Bezirk:** Gewerkſchaftshaus, Engelufer 24, nachm. 5 Uhr
11. **Bezirk:** Roſenthal, Schöneberg, Eberſtraße 66, abends 5 Uhr.
12. **Bezirk:** Liebe, Steglitz, Schöneberger Straße, Ecke Holſteiniſche Straße, nachmittags 5 Uhr.
13. **Bezirk:** Ernſt Jacob, Charlottenburg, Bismarckſtraße, Ecke Seſenheimer Straße, nachmittags 4½ Uhr.
14. **Bezirk:** Langer, Roſtocker Straße 27, nachmittags 4 Uhr.
15. **bis 19. Bezirk:** Schulaula, Koppenplatz 12, abends 6 Uhr.
20. **Bezirk:** Bock, Jülicher Str. 2, nachmittags 5 Uhr.
21. **Bezirk:** Gemeindeſchule, Niederſchöneweide, Berliner Straße, nachmittags 4½ Uhr.
22. **Bezirk:** Schulz, Köpenick, Bahnhofſtraße 34, nachm. 4½ Uhr.
23. **Bezirk:** Germania-Feſtſäle, Spandau, Hauptbahnhof, Streſowplatz 19, nachmittags 4½ Uhr.

A. E. G.: Schulaula, Berlin N., Wieſenſtraße 66, nachmittags 4½ Uhr.

In dieſen Konferenzen werden die neuen Zeitungskarten ausgegeben. Eine Zuſtellung der Karte durch die Poſt findet nicht ſtatt.

Zutritt gegen Vorzeigung der Legitimationskarte und des Mitgliedsbuchs.

Donnerstag, den 3. Auguſt 1922, abends 7 Uhr.

Branchenverſammlung

der Rohrleger, Helfer und Bauklempner in Kliems Feſtſälen, Haſenheide 13/15.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausſchuß für Auguſt.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
3. Verſchiedenes.

Um 6 Uhr Konferenz der Vertrauensleute beider Branchen in demſelben Lokal.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Goldſchmiede!

Mittwoch, den 2. Auguſt, nachm. 4½ Uhr im Dresdener Garten Verſammlung aller in den Goldſchmiedebetrieben beſchäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Tagesordnung:
Tarifangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, dass folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Schmied
David Brand
Schreinerstr. 52, am 29. d. M.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. August 1922, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Kirchhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Der Helfer
August Kleinert
Schievelbeiner Str. 13, am 29. d. M.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. August 1922, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weissensee, Roelckestr. aus statt.

Der Arbeiter
Karl Siegmund
Urbanstr. 36, am 29. d. M.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 3. August 1922, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Baumschulenweg, Kiefholzstraße, aus statt.

Der Arbeiter
Wilhelm Rebelsky
Brunnenstr. 81, am 31. d. M.
Die Einäscherung findet am Freitag den 4. August 1922, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung

Kleine Anzeigen

Verkäufe

[illegible] 400.—, Kreisſtühle, Wäſche, Weißſtühle, Hobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgeſetzt. Ferner ſämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäſche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (keine Lombardware.)

Credit-Rath. Gardinen, Madras, Bett- und Diwandecken, Anzüge, Schlüpfer, große Auswahl, bequeme An- und Abzahlung. Elſaſſer Str. 44 I, nahe Oranienburger Tor.

Bettwäſche billig! Noch großer Sonderverkauf zu Ausnahmepreiſen! Bettbezüge 235, Kiſſen 67, Laken 152 an. Prima Ueberſchlaglaken 315. Federdichte Inletts, prima Wäſcheſtoffe. Züchen, Dimiti, Damaſt, Handtücher ſehr empfehlenswert. Angeſtaubte Wäſche beſonders billig. Bettwäſchefabrik Dresdener Str. dreiunddreißig (Nähe Prinzenſtr.). Geöffnet bis 7 Uhr.

Räderweidlich Leiterwagen, Kaſtenwagen und alle Sorten Erſatzräder. Kinderwagen, Puppenw. Weidlich, Brunnenſtraße 96 (Humboldt 874).

Wintermäntel Rieſenauswahl, kaufen Sie jetzt noch ſehr billig bei mir. Michaelis, Mauerſtr. 80, eine Treppe, gegenüber Kronenſtraße.

3000 Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hoſen, Sommerloden, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäſche uſw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Boxhagener Straße 47

Nirgends beſſer kaufen Sie erſtklaſſige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhoſen uſw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren ſind Erſatz für Maßverarbeitung. Große Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenſtr. 8, direkt Roſenthaler Tor.

Bettwäſche wie gewöhnlich billiger Verkauf zum Monatsbeginn bis 5. Auguſt. Deckbettbezüge von 395, Kiſſen 78, Laken 135, Inletts 475, Wäſcheſtoffe, Handtücher, Ueberſchlaglaken, Paradekiſſen, Dimiti, Damaſt, beſte Qualitäten, rätſelhaft billig. Rieſenauswahl! Reelle fachmänniſche Bedienung. Ausſteuer Sonderrabatt. Aelteſte Spezial-Bettwäſchefabrik, Graefeſtr. neununddreißig (Haſenheide), Brunnenſtr. 19 (Roſenthaler Platz).

Hoſen für jedermann, für jeden Zweck, für jede Gelegenheit, i. größter Auswahl, zu niedrigſten Preiſen. München-Gladbacher Hoſen-Zentrale, Strausberger Straße 12, zwiſchen Strausberger Platz u. Paliſadenſtraße. Fahrgeldvergütung.

Möbel

Möbelkredit bei kleinſter An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelſtücke. Görlich, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtſtr., am Schleſ. Bahnhof.

Möbelſpeicher „Geſundbrunnen", Badſtraße 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern. Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Chaiſelongues 525, Metallbetten für Patentmatratzen, Polſterauflagen, Kinder[illegible]. Meicke, Auguſtſtr. 32a Quergeb.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in ſeltener Auswahl, bequemſte Zahlweiſe verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderpl.), im Norden: Badſtr. 47-48.

Möbelhaus Rehfeld, Badſtr. 34, Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speiſezimmern, Einzelmöbel neu und gebraucht. Stube und Küche, 16 Teile 8550 M., nur ſolange Vorrat.

Fahrräder

Fahrradankauf Elmenſtr. 19.

Kaufgeſuche

Schallplatten, alte, kauft Metallkontor G. John, Alte Jakobſtr. 138, Halleſches Tor.

Metallſchmelze, Reinickendorferſtraße 25 (nur im Laden) kauft Zahngebiſſe, Platinabfälle, Goldſachen, Silberſachen, Queckſilber, ſämtliche Metalle.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufzentrale, Zennſtr. 52 Moabit 6934.

Vermietungen

Wohnungen vermietet, mietet, tauſcht Baſt, Gollnowſtraße 35, Königſtadt 6364, Filialen: Görlitzer Bahnhof, Wiener Straße 27; Wedding, Lindower Straße 6; Spittelmarkt, Seydelſtraße 2; Schleſiſcher Bahnhof, Langeſtr. 7—; Schöneberg, Hauptſtraße 105; Moabit, Paulſtraße 7.

Reinickendorf-Weſt Tauſche 2-Zimmer-Wohnung Moabit (nahe Stadtbahn) gegen ebenſolche in Reinickendorf. Off. unt. R 33 Exped. der „Freiheit", Berlin NW. 40.

Möglichſt bald ſuchen Genoſſen (Kinderloſes Ehepaar) ein oder zwei möblierte Zimmer mit Küche od. Kochgelegenheit. Offert. unter C. M. Exped. der „Freiheit".

Wohnungstauſch 3 Zimmer, Loggia, Bad, Speiſekammer, Neukölln, 2 Minuten vom Bahnhof Hermannſtraße, tauſche gegen gleich große in anderem Stadtteil. Offerten erbeten unter 29. 120 an die Expedition dieſer Zeitung.

Arbeitsmarkt

Zimmerleute Einſchaler, Zementierer, Flechter ſofort geſucht für Berlin und außerhalb. Betonbau Krüger, Aktiengeſellſchaft, Berlin W. 35, Körnerſtr. 17.

Verſchiedenes

Mandolinen- und Gitarrſpielerinnen (mit Notenkenntniſſen) können ſich einem Arbeiterinnen-Mandolinenverein anſchließen. Spielabend Donnerstags. Reſtaurant Görich, NW., Levetzowſtraße 19 b.

Wandervögel Muſikinſtrumente auf bequeme Teilzahlung. Gontardſtr. 1 a. d. Königſtraße.

Geld-Verkehr

Geld ſofort auf jede Wertſache, Pfandſcheine, Wäſche, Goldſach. uſw. (Rückkaufsrecht). — Schulz, Danziger Str. 69, hochpart. (an der Prenzlauer Allee).

Bekanntmachung.

Die Rota-Waggon- u. Maſchinenbau-G. m. b. H. beabſichtigt die Errichtung einer Werkſtatt zur Verzinkung von Dampfkeſſeln in

Berlin-Borſigwalde

auf dem Grundſtück Breitenbachſtraße Nr. 33/34.

Etwaige Einwendungen gegen dieſe Anlage ſind bei dem unterzeichneten Stadtausſchuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, ſchriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieſer Friſt können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beſchreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unſerem Bureau, Berlin C. 2, Waiſenſtr. 27, 1 Treppe, Zimmer Nr. 25, an den Geſchäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Friſt zur Einſicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird von unſerem Kommiſſar, Herrn Stadtamtmann Weber, auf Mittwoch, den 23. Auguſt 1922, vormittags 9 Uhr, in unſerem Sitzungsſaale Waiſenſtr. 27, 1 Treppe, ein Termin anberaumt, zu dem die Unternehmerin ſowie die Widerſprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 29. Juli 1922.
Der Stadtausſchuß Berlin, Abt. I.
Schneider.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang
bietet das
Heim d. Berliner Arbeiterschaft
„Gewerkschaftshaus"
Engel-Ufer 25

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausſchneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Poſtamt beſtellen!

Unterzeichneter beſtellt hiermit vom ____________
1 Exemplar der einmal täglich erſcheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands
mit den
Unterhaltungsbeil. „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genoſſe"

zum Preiſe von monatlich 70.—, halbmonatlich 35.— Mk.
bei freier Zuſtellung ins Haus.

Name: ____________

Ort: ____________ Straße: ____________ Nr. ____

(Name deutlich ſchreiben, Adreſſe genau ausfüllen: vorn, Hof, Seit., Quergeb.

Dieſen Beſtellſchein bitten wir in einer unſerer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27 I, im Kuvert als Druckſache, einzuſenden

Groß-Berlin

Nur Tariferhöhungen oder Reorganiſation?

Die Zukunft der ſtädtiſchen Werke

Der Magiſtrat und die bürgerliche Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenverſammlung wiſſen bei Lohnerhöhungen und Steigerung der Kohlenpreiſe kein anderes Mittel mehr, als Erhöhung der Werkstarife. Wiederholt verlangte unſere Fraktion, daß nicht alles Heil in der Erhöhung der Werkstarife geſucht werden dürfe, ſondern durch Reorganiſation der ſtädtiſchen Werke müßten weſentliche Erſparniſſe gemacht werden. Die Werke müßten ihres bürokratiſchen Charakters entkleidet werden. Weiter wurde mit allem Nachdruck von unſerer Fraktion wiederholt verlangt, daß endlich ein Fachmann an die Spitze der Werke geſtellt werde. Bekanntlich hatte ſich der Oberbürgermeiſter mit dem Stadtbaurat Horten überworfen. Der Oberbürgermeiſter wählte ſich ſelbſt zum Vorſitzenden der Werksdeputation und ſtellte den Fachmann, Stadtbaurat Horten, einfach kalt. Später wurde der Oberlehrer und Stadtrat Benecke, ein blutiger Laie, Vorſitzender dieſer Deputation, wieder der dazu gewählte Fachmann übergangen. Das Skandalöſe iſt jedoch, daß dieſer Streit Oberbürgermeiſter contra Harten auf dem Buckel der Steuerzahler ausgetragen wurde. Den Beweis hierfür erbringt, ohne es zu wollen, das „Berliner Tageblatt“ in der geſtrigen Morgenausgabe. In einem Artikel die „Zukunft der ſtädtiſchen Werke“ heißt es:

„Die Sachverſtändigenkommiſſion, die über die Vorſchläge für die **Neuorganiſation der ſtädtiſchen Werke** ihr Gutachten abgeben ſoll, wird, wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, damit in den nächſten Tagen herauskommen. Der Ausſchuß, der der Stadt Berlin rund 500 000 Mark koſtet, hatte die **Vorſchläge zu beurteilen, die der Stadtrat Horten, und der frühere Vorſitzende der Werkdeputation, Oberbürgermeiſter Böß, für die Neugeſtaltung der Werksorganiſation gemacht haben.** Während Stadtrat Horten bekanntlich eine Hauptverwaltung für ſämtliche Werke einführen wollte, trat Oberbürgermeiſter Böß für die Verwaltung durch die drei Direktionen für Gas, Waſſer und Elektrizität ein. **Das Sachverſtändigengutachten wird ſich in der Richtung der Vorſchläge Hortens bewegen,** deren Kerngedanke ja auch inzwiſchen von dem zuſtändigen Ausſchuß inſofern anerkannt wurde als die drei Direktionen, die bisher ſelbſtändig gearbeitet haben, alle neuen Maßnahmen dem Stadtrat für die ſtädtiſchen Werke zur Prüfung vorlegen mußten. Da der Oberbürgermeiſter ſeinerzeit in Konſequenz dieſer Regelung ſeinen Poſten als Vorſitzender der Werkedeputation niedergelegt hat, iſt der einmal ſcharf zugeſpitzt geweſene Gegenſatz Böß—Horten längſt in ein weniger geſpanntes Stadium getreten, um ſo mehr, als der jetzige Vorſitzende der Werkedeputaion, der unbeſoldete Stadtrat, Oberlehrer Benecke, **kein irgendwie Sachverſtändiger iſt.**

Die Sachverſtändigen haben gründliche Arbeit getan, obwohl die Neuorganiſation der Werke äußerſt dringlich geweſen iſt, angeſichts der bekannten beengten Finanzlage der Stadt und der klar zutage liegenden Möglichkeiten einer wirtſchaftlicheren Verwaltung der Werke. **Im Verlaufe des Jahres, in dem die Organiſationspläne für die Neugeſtaltung der ſtädtiſchen Werke lediglich Gegenſtand von Verhandlungen waren, ſind nur geringfügige Aenderungen in der Organiſation der Werke eingetreten.** Insbeſondere fehlen noch immer die **Selbſtkoſtenberechnungen** der drei Direktionen und der Verſuch, in den Werksverwaltungen eine **kaufmänniſche Buchführung einzuführen,** ſteckt ebenfalls noch ganz in den Anfängen. Wenn das Sachverſtändigengutachten erſt vorliegt, werden zunächſt wieder einige Monate vergehen, ehe die zuſtändigen Ausſchüſſe und die Deputation das Gutachten verhandelt haben; denn ſeine Beratung ſetzt ja erſt nach den Ferien der Stadtverordnetenverſammlung ein. Dieſer Zeitverluſt bringt aber den nicht gering zu veranſchlagenden Vorteil, daß inzwiſchen die Fuſion der beiden großen ſozialiſtiſchen Parteien weſentliche Fortſchritte gemacht haben oder ſogar vollkommen Tatſache geworden ſein wird. Das würde die Ausſchaltung der Fraktionspolitik auch in ſolchen rein ſachlichen Fragen zur natürlichen Folge haben müſſen, womit man der Förderung der Organiſationspläne für die ſtädtiſchen Werke mit einem Rieſenſchritt nähergekommen wäre. Für Berlin, und namentlich für den Stadtſäckel, wäre das keine Nebenſächlichkeit; denn die fachmänniſchen Vorſchläge für die Neuorganiſation der Werke gehen von der Möglichkeit einer

Erſparnis von annähernd 200 Millionen Mark

aus. Dieſe Erſparnis, die für die Finanzkraft Berlins von ganz hervorragender Bedeutung ſein würde, ſoll gemacht werden können, durch Einführung einer zentralen Verwaltung, für die auch die Sachverſtändigen in ihrem bereits für die Veröffentlichung fertiggeſtellten Gutachten eintreten. Dabei muß hervorgehoben werden, daß dieſer Sachverſtändigenausſchuß, deſſen Beſchlüſſe für das finanzielle Wohl der Stadt Berlin von ſo großer Bedeutung ſein werden, aus je ſieben Sachverſtändigen beſteht, die von den beiden gegneriſchen Seiten in den Ausſchuß entſandt wurden. Zur Schaffung der zentralen Verwaltung iſt nach der Einigung der Fraktionen über ihre Einrichtung, die entſprechend dem Sachverſtändigengutachten, als geſichert erſcheint, nur noch der Erlaß eines Ortsgeſetzes notwendig, das die zentrale Verwaltung einführt. Vorausſichtlich wird ſeine Beratung eine der erſten Aufgaben der aus den Ferien heimkehrenden Stadtverordnetenverſammlung ſein.“

Ueber ein Jahr geht dieſer Streit zwiſchen dem Oberbürgermeiſter und dem Stadtbaurat. Das Sachverſtändigen-Gutachten rechnet mit einer Erſparnis von 200 Millionen Mark. Ueber 200 000 Millionen koſtet der Stadt alſo bis jetzt bereits die Halsſtarrigkeit des Oberbürgermeiſters. Die Berliner Steuerzahler müſſen die Koſten dieſes Vergnügens tragen. Der Artikel des „Berliner Tageblattes“ rechtfertigt aber auch auf das glänzendſte die Politik unſerer Rathausfraktion, die ſtets den Standpunkt vertrat, daß nicht nur Tariferhöhungen die Finanzen der Stadt regeln können, ſondern Hand in Hand mit ihnen großzügige Reorganiſation unter Leitung von Fachleuten und Entbürokratiſierung der Werke. Die Vorſchläge des Sachverſtändigen-Gutachtens müſſen ſchnellſtens verwirklicht werden, damit der Schaden, den der Oberbürgermeiſter und die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenverſammlung angerichtet haben, nicht noch größer wird.

Die Nord-Südbahn

Trotz der umfangreichen Betonierungsarbeiten auf dem Belle-Alliance-Platz, auf dem in größerer Tiefe ein rieſiges Umformerwerk für die Untergrundbahn eingebaut worden iſt, ſind die Bauarbeiten am Halleſchen Tor in überraſchend kurzer Zeit in großen Umriſſen fertiggeſtellt worden. Ueberall, ſüdlich und nördlich des Landwehrkanals, iſt mit der Ueberfüllung des Bodens begonnen worden, ſo daß auch an dieſer Stelle bereits Anfang kommenden Monats mit der Herrichtung des Oberbaues begonnen werden kann. Die nun noch durchzuführenden Arbeiten ſind leicht zu nennen gegen die bereits fertiggeſtellten Bauteile, von denen die Kreuzung des Moorgrabens in der ſüdlichen Friedrichſtraße, die Unterführung des weſtlichen Torgebäudes am Halleſchen Tor und die darauffolgende Unterführung der Hochbahn und des Landwehrkanals als die ſchwierigſten genannt ſeien. Nur ein Teil dieſes Baues konnte noch nicht in Angriff genommen werden: der Uebergang zwiſchen der neuen Untergrundbahn und der Hochbahn und die damit verbundenen ſüdlichen Straßenausgänge des Bahnhofs „Belle-Alliance-Platz“. Zwiſchen dem Tiefbauamt der Stadt und dem Bauamt Nord-Südbahn iſt die Frage noch immer nicht geklärt, wie viele Aus- und Zugänge an dieſer Stelle für die Bahn erforderlich ſind. Etwa zwiſchen den beiden Torgebäuden iſt über dem ziemlich tiefliegenden Tunnel eine Schalterhalle geplant, zu der zunächſt nur zwei Straßenzugänge neben dem Uebergang zur Hochbahn führen ſollten. Jetzt wird noch ein dritter Zugang von der Straße aus auf der öſtlichen Brückenſeite geplant, doch iſt die Entſcheidung bisher noch nicht getroffen.

Nicht unterſchreiben!

Es wird bekannt, daß zahlreiche Hauswirte, anſcheinend auf „höheren Befehl“, nachträglich von ihren Mietern die unterſchriftliche Vollziehung der in den erſten Julitagen freihändig übermittelten Druckzettel, auf denen vom Hauswirt die Erklärung über die Forderung der geſetzlichen Miete abgegeben iſt, verlangen. Niemand ſoll dieſe Zettel mit ſeiner Unterſchrift zurückgeben. Das Reichsmietengeſetz beſtimmt nur, daß von einem der beiden Teile, alſo vom Vermieter oder vom Mieter, die ſchriftliche Erklärung über die geſetzliche Miete abzugeben iſt. Es beſtimmt aber nichts über eine ſchriftliche Erklärung des anderen Teiles. Die Druckzettel trag zuweilen ſogar noch handſchriftliche Zuſätze über unberechtigte Nebenforderungen. Alles das hat keinerlei rechtliche Wirkung, wenn es nicht vom Mieter unterſchrieben wird.

Starke Zunahme der Geſchlechtskrankheiten

Nach einem Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkaſſe der Stadt Berlin wurden im Jahre 1921 infolge von Geſchlechtskrankheiten 2065 männliche Kaſſenmitglieder (gegen 1460 im Jahre 1919) und 14 757 (9225) weibliche erwerbsunfähig. Hiervon entfielen auf die Jugendlichen bis zu 14 Jahren 10 männliche und 11 weibliche (1919: 5 und 7), bei 15—16 Jahren 42 und 202 (45 und 122), bei 17—20 Jahren 351 und 1879 (258 und 1090), bei 21—25 Jahren 634 und 3926 (377 und 2629) Perſonen. Die Geſamtzahl der gemeldeten Fälle hat ſich ſomit in nur zwei Jahren faſt verdoppelt. Die wirkliche Zahl nur bei dieſer einen Kaſſe iſt zweifellos noch viel größer, da erfahrungsgemäß zahlreiche Kaſſenmitglieder ſolche Erkrankungen nicht melden und ſich nicht von Kaſſenärzten behandeln laſſen. Das ſtarke Ueberwiegen der Geſchlechtskrankheiten beim weiblichen Geſchlecht wurde ſchon vor dem Jahre 1919 feſtgeſtellt. An dieſem einen Beiſpiel kann man ſich ungefähr ein Bild machen, wie gewaltig groß die Zahl der Geſchlechtskranken unter den Jugendlichen im ganzen Reiche ſein muß.

Preiswerte Seefiſche

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin gibt heute an den Anſchlagſäulen wieder diejenigen Geſchäfte bekannt, in denen jetzt wöchentlich unter ſeiner Mitwirkung durch die Organiſationen der Berliner Fiſchhändler preiswerte Seefiſche verkauft werden ſollen. Es werden abgegeben: Schellfiſch zum Preiſe von 15 Mk., Seelachs (ohne Kopf) im ganzen zu 15,50 Mark, im Ausſchnitt zu 16,50 Mk., als Fiſchkotelett zu 17,50 Mark, Goldbars (ohne Kopf) zu 16 Mk. je Pfund. Zum Verkauf kommt nur Ware beſter Qualität. Vergleicht man die angegebenen Preiſe mit den gegenwärtigen Fleiſchpreiſen, ſo kann der Bevölkerung der Bezug dieſes hochwertigen Nahrungsmittels nicht dringend genug angeraten werden. Die Verkaufsſtellen erſtrecken ſich über ganz Berlin, alſo auch über die ehemaligen Vororte. An den Anſchlagſäulen werden nur diejenigen Geſchäfte bezeichnet, welche für den betreffenden Ortsteil gerade in Frage kommen. In dieſer Woche findet der Verkauf ausſchließlich heute, und zwar überall in der Zeit von 9—1 Uhr, ſtatt.

Das Tintenattentat auf den Strafrichter

Wie erinnerlich, kam es bei der Aburteilung einer Bande Güterdiebe zu einer turbulenten Szene im Gerichtsſaal, die geſtern ein Nachſpiel vor der Ferienſtrafkammer des Landgerichts I hatte. Zu dieſer Bande gehörte u. a. auch der Bahnarbeiter Georg Kohn, der als äußerſt gewalttätig bekannt iſt. Er ſprang damals mitten in der Verhandlung, als gerade der Vorſitzende das Urteil verleſen wollte, über

Der Entgleiſte

Roman von **Wilhelm Holzamer.**

(8. Fortſetzung.)

Da kam des Schnellbachs Michel aus dem Felde heim und fragte, was da geweſen wäre. Er ſaß ſeitlings auf ſeinem Gaul, der den Pflug nachzog. Er hielt an. Der Michel war neugierig wie ein altes Waſchweib und mißgünſtig wie ein Truthahn. Seine Dummheit war das Dorfgeſpött. Und er ſchwätzte durch die Naſe, daß man ihn kaum verſtand. Er war ſehr reich — ſo mußten viele vor ihm ducken. Die armen Leute taten das widerwillig. Denn er hatte geſagt: wer arm, dem geſcheh es recht, daß er arm ſei. Und wenn's keine Armen mehr gäbe, was ſollten denn da die Reichen machen.

Der Michel war gegen alles Streben, beſonders gegen alles Geiſtige. Er war nämlich früher von ſeinem Vater nach Mainz in die Schule geſchickt worden, aber in der unterſten Klaſſe dreimal ſitzen geblieben. Da hatte er austreten und wieder in die Dorfſchule gehen müſſen. Das hatte ſeinen dummen Bauernſtolz ſo arg gekränkt, daß er es ſeitdem jedem Gebildeten nachtrug, gebildet zu ſein; und jedem Buben, der nach Mainz in die höhere Schule ging, war er ein Feind. Aber das alles gedieh ihm gut, denn er hatte reich geheiratet, hatte keine Kinder, und wenn ein Gewitter kam, ſo ſchlug es rings das Korn klein, nur ſeines verſchonte es.

Unter anderen Umſtänden wäre man dem dummen Michel ausgewichen. Jetzt aber witterte man den willkommenen Bundesgenoſſen.

Was vorgegangen war, wußte niemand zu erzählen von den paar Leuten, die noch an der Kaiſerklar ihrem Hofzaun ſtanden, aber das, was ihnen die Hauptſache war und der ſchmerzende Dorn, das wußten ſie zu ſagen, daß der Philipp Schullehrer werden ſollte.

„Was,“ ſagte der Michel, „gell, die is verrückt. So Stange hat die im Kopp! Der gehörn die Hörner geſchnitten. So ein Narrenmenſch, ſo Streich mit ihr'm Bankert machen zu wollen. Soll ihn in die Lettenkaut ſtellen, daß er Geld verdient und daß ſie zuſammen was zu freſſen haben. Was ſo Lumpeleut einfällt!“

In dieſem Augenblick tat es einen Schutt, und der Michel und ſein Gaul und die freundlichen Nachbarn trieften von Waſſer.

„Das iſt für den Bankert,“ lachte die Klar, „und das iſt für die Lumpeleut.“ Es tat einen zweiten Schutt, der traf aber nur noch den Gaul auf den Hintern — der Michel hatte ihm eine an die Seite getreten, daß er trabte — der Weißejakob bekam aber einen ſolchen Guß über, daß er wütend rief:

„Wart, du Grabenhur, ich hol die Flint und ſchieß dich rakkemaus kaputt.“

Aber die Klar war herangeſprungen und hatte ihm eine verſetzt, daß er torkelte.

„Das iſt für die Grabenhur. Wer noch was will, der ſoll ſich melden.“

Sie ſtand kampfbereit da.

Man ging ſchimpfend. Erſt als der Weißejakob aus dem Bereich ihrer Fäuſte und ihres Waſſerkübels war, rief er: „Danz doch!“ mit dem quietſchenden hellen A, das die Klar ſprach.

Und „Danz doch!“ rief's von allen Seiten.

Von dem Tage an hieß der Kaiſerphilipp der ‚Danz-doch!‘ — mit hohem, hellen A. Die Kaiſerklar aber wußte, daß ſie die ganze Gäſſe und das halbe Dorf, auf jeden Fall alle reichen Leute zum Feind haben werde, nur, weil ſie ihren Philipp wollte Schullehrer werden laſſen.

Nein, nein, das durfte nicht ſein. Das wollten die Armen und die Reichen nicht zugeben. Arm mußte arm, nieder mußte nieder bleiben. Das verlangten die armen und geringen Leute ſo, obgleich ſie ſich fuchſten, wenn ſie's von den Reichen hörten. Sie wollten keinen aus ihren Reihen hergeben. Es ſollte keiner der ihrigen höher hinaus wollen und ſie dann verachten können. Das wollten ſie nicht leiden. Inſtinktiv forderten ſie, daß der Kaiſerphilipp in die Lettenkaute und nicht auf ein Katheder käme.

Die Klar ſah das nun ganz klar. Sie wußte, was für einen Stand ſie den Leuten gegenüber haben würde. Sie verſtand deutlich, wie die Stimmung gegen ſie und ihren Philipp aus einem kleinen Anlaß ſo zum Ausbruch gekommen war, daß ſie nun nur Feinde um ſich hatte.

„Pah, und ſie waren hergekommen, ſich Kinderſpiel anzuſehen.“

Die Klar ging mit den großen Männerſchritten, die ſie im Gang hatte, ihrer Treppe zu.

Sie trug die Feindſchaft fröhlichen Mutes, kerzengerade und aufrecht. Es ſollte ihr ein Menſch zu nahe kommen. Der ſollte es zu bereuen haben.

Sie ſtand auf ihrer Treppe und ſah über die Gärten hinweg. Die lagen ganz ſtill und warteten ſchon auf den Abend. Drunten, auf der Pariſer Chauſſee, fuhren die Bauern aus dem Felde heim. Um die Eulenmühle wurde es grau, denn von den Wieſen ſtiegen die bleichen Nebelſäulen auf. Es war ein heißer Tag geweſen, da draußen am Waſſer wirkte ſchon des Abends Kühle.

Das war um die Zeit, wo die Frucht reifte. Das Korn ſtand hoch und gelb, der Weizen begann ſich zu bräunen, die Gerſte bleichte. Nur noch ein paar Wochen, noch ein paar gute trockene Tage, und es ging zum Schnitt. Die Kartoffeln waren nun bald gehäufelt, die Wieſen ſtanden ſchon wieder hoch für die zweite Mahd. Schaffen, ſchaffen! Wenn's in der Ziegelhütte ausſetzte, dann konnte man im Felde draußen zugreifen. Ueberall ſtrotzte es von Arbeit.

Die Klar hatte ſich ihr Lebtag noch nicht vor der Arbeit gefürchtet — diesmal aber lockte ſie ſie förmlich. Hacken, mähen, binden, aufladen — was es war, ganz einerlei. Dann mochten einen die Bauern verachten oder nicht, leiden oder nicht, dann brauchten ſie einen.

Und die Klar war ganz feſt und ſicher.

Sie ſah eben die alte Lisbeth an ihre Waſchbank treten. Wenn ihr alle feind waren in der Gaſſe, die war's nicht. Und die verſtand ſie auch. Wenn ſie Rat brauchte, bei der konnte ſie ihn finden.

„Majern,“ rief ſie hinüber, „ich komm dieſer Tag mal zu Euch. Ich muß was mit Euch bereden. Verſteht Ihr?“

Die alte Lisbeth rief etwas dagegen, das verſtand die Klar nicht, aber am Nicken des Kopfes merkte ſie, daß ſie kommen dürfte.

(Fortſetzung folgt.)

die Schranken der Anklagebank, ergriff die auf dem Verteidigertiſch ſtehenden Tintenfäſſer und warf hiermit nach den Richtern. Hierauf ſtürzte er ſich auf die Mitglieder des Gerichtshofes und griff ſie, bevor der Wachdienſt eingreifen konnte, tätlich an, wobei er dem Landgerichtsrat Wetzel durch einen Stoß mit dem Fuße eine Schienbeinverletzung zufügte und dem Landrichter Jakobowitz die Amtsrobe zerriß. Erſt dann konnte K. durch einen gewandten Juſtizwachtmeiſter gebändigt und in ſeine Zelle zurückgeſchafft werden.

Die Folge jenes Uebergriffes war die zur Verhandlung ſtehende Anklage wegen Körperverletzung und tätlicher Beleidigung. Der vom Gericht mit der Unterſuchung des Geiſteszuſtandes des Angeklagten beauftragte Gerichtsarzt gab ein intereſſantes Lebensbild von ihm. Kohns Mutter befindet ſich ſeit längerer Zeit in einer Irrenanſtalt. Kohn ſelbſt gilt ſchon von ſeiner Jugend an als ein zu Gewalttätigkeiten neigender Menſch, der gegen ſeine eigene Mutter, ſpäterhin gegen ſeinen Lehrmeiſter, ſogar gegen eine Reihe Verwandte und endlich auch noch gegen ſeine militäriſchen Vorgeſetzten Gewaltakte begangen hat. Infolge dieſer Straftaten war der Angeklagte längere Zeit in einer Irrenanſtalt und wurde auf Grund des § 51 StGB. freigeſprochen. Daher kam auch diesmal der Sachverſtändige zu dem Gutachten, daß dem Angeklagten, wenn es ſich um im Affekt begangene Taten handele, der Schutz des § 51 zugebilligt werden müſſe. Das Gericht hielt jedoch dieſes Gutachten nicht für ausreichend und beſchloß, den Angeklagten nochmals durch den Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Stoermer, auf ſeinen Geiſteszuſtand unterſuchen zu laſſen.

Das Philharmoniſche Orcheſter, unter Leitung von Otto Marienhagen, veranſtaltet im Auguſt folgende ſtädtiſchen Volkskonzerte: Am Mittwoch, den 2. Auguſt, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, Freitag, den 4. Auguſt, abends 8 Uhr in der Brauerei Königſtadt, Sonntag, den 6. Auguſt, abends 8 Uhr in der Philharmonie, Dienstag, den 8. Auguſt, abends 8 Uhr in den Germania-Prachtſälen, Donnerstag, den 10. Auguſt, abends 8 Uhr in der Brauerei Friedrichshain. (Wagnerabend.) Montag, den 14. Auguſt, abends 8 Uhr, im Orpheum, vorm. Etabliſſement Happoldt, Dienstag, den 15. Auguſt, abends 8 Uhr in der Brauerei Königſtadt, Freitag, den 18. Auguſt, abends 8 Uhr in den Germania-Prachtſälen, Montag, den 21. Auguſt, abends 8 Uhr in der Brauerei Friedrichshain. Der Vorverkauf zu dieſen Konzerten findet ſtatt: Bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkſchaftskommiſſion, Engelufer 15, im Zigarrengeſchäft von Horſch, und in den betreffenden Konzertſälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kaſſe verkauft. Eintrittspreis 5 Mark. Kaſſeneröffnung 7 Uhr. Programm 1 Mark.

Das Bezirksamt Wedding teilt mit: Das Büro des Geſundheitsamts Wedding iſt von Gerichtſtraße 65-69 nach dem jüdiſchen Krankenhaus, Chriſtianiaſtraße 78, verlegt worden.

Oeffentliches Geſangskonzert. Am Freitag, den 4. Auguſt 1922, abends 7 Uhr, veranſtaltet der Männerchor Prenzlauer Tor ein Volkskonzert auf dem Helmholtzplatz.

Die „Neuköllner Liedertafel 1913“ (M. d. D. A.-S.-B.) hält ihr, am 27. Juli wegen Regenwetter ausgefallenes, öffentliches Geſangskonzert, beſtehend aus Volksliedern und heiteren Liedern, nunmehr am Donnerstag, den 3. Auguſt, abends 7½ Uhr, in Britz, Platz an der Hannemannſtraße, ab.

Großfeuer in der Eliſabeth-Kaſerne. Geſtern nacht wurde die Charlottenburger Feuerwehr nach der Eliſabethkaſerne gerufen, wo der Dachſtuhl in Brand geraten war. Die Flammen hatten an den dort in einer Kammer lagernden Beſtänden der in der Eliſabethkaſerne untergebrachten 6. Hundertſchaft der Schutzpolizei ſchnell reiche Nahrung gefunden. Als die Feuerwehr ankam, hatte der Brand ſchon eine erhebliche Ausdehnung erlangt und gefährdete das links vom Brandherde liegende Munitionslager. Der geſamten Charlottenburger Feuerwehr gelang es ſchließlich, das Munitionslager zu retten. Als gegen 12½ Uhr der Polizeipräſident Richter mit dem Dezernenten der Feuerwehr, Stadtrat Wied, an der Brandſtelle erſchien, war das Feuer ſchon auf ſeinen Herd beſchränkt. Auch die anderen Lager blieben verſchont. Angeblich ſoll der Brand in einer Waffenkammer ausgekommen ſein, doch iſt die Unterſuchung hierüber noch nicht abgeſchloſſen. Verbrannt ſind Kiſten mit Piſtolen ſowie die Vorräte an Reinigungsmaterial, wie zum Beiſpiel Flachs und Hanf, und Teile des ſüdlichen Dachſtuhls.

Die Haftentlaſſung v. Kähnes abgelehnt. Der Potsdamer Unterſuchungsrichter hat jetzt den vor einigen Tagen vom Verteidiger Kähnes, Juſtizrat Joſephſohn-Potsdam, geſtellten Antrag auf Entlaſſung Kähnes aus der Unterſuchungshaft mit der Begründung abgelehnt, daß nach wie vor Verdunkelungsgefahr beſteht. Gegen dieſe Entſcheidung iſt vom Verteidiger bei der Potsdamer Strafkammer Beſchwerde eingelegt worden. Die Ermittelungen in der Totſchlagsaffäre Laſe haben bisher keine neuen Momente ergeben.

Totgefahren. Geſtern vormittag wurde die achtjährige Tochter Lotte des Rechtsanwalts Dr. Georg Schindler, Kurfürſtendamm 175, vor dem Hauſe Conſtanzer Straße 14 von einem Auto überfahren und auf der Stelle getötet. Die Schuld trifft den Chauffeur, der übermäßig ſchnell gefahren iſt und keine Signale gegeben hat.

Nächtlicher Raubüberfall. 10 000 Mark Belohnung. In einer der letzten Nächte gegen 3½ Uhr wurde der Ingenieur Nürnberg vor ſeinem Wohnhauſe Luiſenſtraße 65, während er die Flurtür aufſchloß, von einem unbekannten Manne überfallen und ſeiner goldenen Uhr und Kette im Geſamtwerte von 40 000 Mark beraubt. Die Uhr hat an der unteren Seite eine Beule. N. hat für die Wiederherbeiſchaffung der Uhr eine Belohnung von 10 000 Mark ausgeſetzt.

Die Aufklärung zweier Raubmorde an Berliner Geldbriefträgern. Wie bereits gemeldet, wurde kürzlich in Dresden der Buchmacher Wilhelm Blume, der dort in der Töpferſtraße wohnte, durch die Polizei verhaftet, wobei Blume Widerſtand zu leiſten verſuchte und mehrere Schüſſe abgab, durch die der Polizeiwachtmeiſter Bräcklein ſchwer verwundet wurde. Den Ermittlungen der Dresdner Polizei gelang es, feſtzuſtellen, daß der Verbrecher für die Beteiligung an mehreren, bisher noch ungeklärten Raubmorden in Frage kam, die in den Jahren 1918 und 1919 an Berliner Geldbriefträgern verübt worden waren. Es gelang Blume zu überführen und ihn zu dem Geſtändnis zu bringen, daß er am 3. September 1918 in der Spandauer Straße zu Berlin den Geldbriefträger Weber und die Zimmervermieterin Kühle, ſowie am 2. Januar 1919 den Geldbriefträger Lange im Hotel Adlon ermordet und beraubt habe. Die Dresdner Polizei hat ſich daraufhin ſofort mit der Berliner Kriminalpolizei in Verbindung geſetzt und dieſer von der Aufklärung jener Mordtaten Kenntnis gegeben. Die Angaben Blumes werden augenblicklich an Hand der damaligen Feſtſtellungen durch die Berliner Polizei auf ihre Richtigkeit geprüft.

Verloren. Der Mechaniker Fritz Weber hat am Sonnabend resp. Sonntag ſein Verbandsbuch des Deutſchen Metallarbeiter-Verbandes, einen Polizeiausweis mit Photographie und andere Papiere verloren. Eventuell ehrliche Finder werden gebeten, gegen Erſtattung ihrer Unkoſten das Verbandsbuch im Büro des DMV., evtl. in der Wohnung des Kollegen Weber, Schmidſtr. 14, IV., abzugeben.

Gewerkſchaftliches

Der Schiedsſpruch für die Straßenbahner

Am Montag, den 31. Juli d. J., nahmen die Straßenbahner in drei überfüllten Verſammlungen, die im Moabiter Geſellſchaftshaus, in der Bötzow-Brauerei und in Kliems Feſtſälen, Haſenheide, ſtattfanden, Stellung zum Spruch des Reichsarbeitsminiſteriums.

Als Referenten ſprachen die Organiſationsvertreter Ortmann, Strelow und Hiller. Sie führten u. a. folgendes aus:

Bei den Verhandlungen über den Anhang zum Manteltarif mit dem Magiſtrat bzw. mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn waren im ganzen acht Streitpunkte, über die man zu keiner Einigung kommen konnte. Es wurde darum eine vereinbarte Schlichtungsſtelle angerufen, die am Montag, den 24. und Dienstag, den 25. Juli unter dem Vorſitz des Staatsſekretärs a. D. von Moellendorf tagte.

Bei der Verhandlung vor dem Schiedsgericht wies der Vertreter der Arbeitnehmer darauf hin, daß das Schiedsgericht nur urteilen könne über die Punkte, die die Arbeitszeit betreffen und die heute auch ſchon abweichend vom Hauptvertrage geregelt ſeien. Das Schiedsgericht könne aber nie und nimmer über die weitergehenden Forderungen der Direktion, die auf Abbau der Prozente für Nacht- und Sonntagsarbeit und auf Nichtbezahlung der Arbeit an den in die Woche fallenden Feiertagen lauteten, eingehen. **Trotzdem wurde ein Spruch gefällt, der den Wünſchen der Direktion in vollem Umfange Rechnung trägt.** Hierzu iſt zu bemerken, daß der Spruch, ſoweit er dieſe Materie betrifft, ohne jede rechtliche Unterlage iſt, wie aus eingeholten Rechtsgutachten namhafter Juriſten hervorgeht. Im übrigen bringt der Schiedsſpruch eine anderweitige Regelung der Berechnung der Haltezeit, durch die eine Verlängerung der Arbeitszeit um etwa acht Minuten pro Tag ſich ergibt. Der Antrag der Direktion, daß die Vorbereitungszeit und die Abſchlußzeit zu kürzen ſei, iſt vom Schiedsgericht abgelehnt worden; desgleichen die Forderung der Arbeitnehmer, für das Fahrperſonal den Monat mit 200 Stunden zu berechnen wegen der Nichtbezahlung des ſogen. 365. Tages und als Ausgleich für das Abholen des Geldes in der Freizeit. Eine gegenüber den gegenwärtigen Ständen abweichende Regelung iſt auch vom Schiedsgericht feſtgelegt worden für die Bezahlung der Arbeit an dienſtfreien Tagen, und zwar entſpricht nunmehr dieſe Regelung dem Hauptvertrage.

Ein ſchwieriges Kapitel bildete bei der Verhandlung die ſog. Freifahrtkarte. Der Wert iſt in der Verhandlung vom Stadtbaurat Dr. Adler auf etwa 50 Millionen angegeben worden, doch war es den Vertretern der Arbeitnehmer möglich, nachzuweiſen, daß nur etwa ein Zehntel dieſer Summe, d. h. fünf Millionen, wirklich in Anrechnung gebracht werden könnten. Der Schiedsſpruch brachte hier eine anderweitige Regelung, und zwar ſollen die Fahrten von und zur Dienſtſtelle frei ſein, darüber hinaus für das uniformierte Perſonal monatlich zehn Fahrſcheine für Fahrten in Zivil gegeben werden und für das nichtuniformierte Perſonal 20. Dies ſei eine Regelung, bei der der Direktion ganz beſtimmt mehr Unkoſten erwachſen, als wie bei dem bisherigen Zuſtande. Die ſogen. Eſſentransportmarke iſt nach langen Verhandlungen geblieben.

Das Lohnkartell hat ſich eingehend mit der geſamten Sachlage befaßt und iſt zu dem Beſchluß gekommen, die Kollegenſchaft aufzufordern, in der Urabſtimmung, die in den nächſten Tagen auf allen Dienſtſtellen vorgenommen wird, dieſen Schiedsſpruch abzulehnen, und dadurch zu beweiſen, daß die Vermutung unrichtig ſei, daß die Straßenbahner alles ſchlucken, was man ihnen zumutet. Das kraſſe Vorgehen der Direktion und des Magiſtrats iſt in erſter Linie auf die Zerſplitterung zurückzuführen, die ſich neuerdings in den Reihen der Straßenbahner gezeigt hat. Während bis zum Februarſtreik alles freigewerkſchaftlich organiſiert war, haben ſich nach dem Streik auf den einzelnen Dienſtſtellen Propagandiſten der chriſtlichen Gewerkſchaften und vor allen Dingen auch der deutſchnationalen Verbände gezeigt. Dieſe verſichern bei jeder Gelegenheit der Direktion, daß Demonſtrationsſtreiks uſw. in Zukunft nicht mehr möglich ſein würden, dafür würden ſie ſchon Sorge tragen. Solange der Direktion dieſe willfährige Truppe zur Verfügung ſteht, wird dieſe zu antiſozialen Maßnahmen ermutigt. Es iſt Pflicht aller bei der Straßenbahn Beſchäftigten, dafür zu ſorgen, daß die alte freigewerkſchaftliche Kampfesfront wieder hergeſtellt werde.

In der Diskuſſion wurde in allen drei Verſammlungen dieſer Standpunkt der Referenten einmütig gutgeheißen und nachhaltig unterſtrichen. **Die vom Lohnkartell vorgelegte Reſolution, die die Ablehnung des Schiedsſpruches empfiehlt und zum einmütigen Zuſammenſchluß auffordert, wurde überall einſtimmig angenommen.**

Am Dienstag, den 1. Auguſt, vorm. 9 Uhr, fand in den Sophienſälen für alle diejenigen, die infolge Dienſtes an dieſen Verſammlungen nicht hatten teilnehmen können, eine Verſammlung ſtatt, die ebenfalls überfüllt war und die denſelben würdigen Verlauf nahm wie die am Tage vorher. Auch hier zeigte ſich der ſtarke Wille der Straßenbahner, unter keinen Umſtänden ſich aus dem Tarif der ſtädtiſchen Arbeiter verdrängen zu laſſen.

Das Reſultat der Urabſtimmung über den Schiedsſpruch wird heute bekanntgegeben.

Delegiertenverſammlung der Zimmerer

Die Zimmerer Berlins nahmen in der am 31. Juli 1922 im Gewerkſchaftshaus (Saal 1) tagenden Delegiertenverſammlung zu dem Spruch des Bezirkslohnamtes vom 26. 7. 1922 Stellung. Nepſchläger teilte mit, daß in Zukunft an Stelle des Regierungsrats, Herrn Dr. Goldſchmidt, Herr Amtsgerichtsrat Reifenſtuhl die Geſchäfte des unparteiiſchen Vorſitzenden führt. Die Verhandlungen wurden auf der bisherigen Grundlage auch für Monat Auguſt abgeſchloſſen. Von unſeren Vertretern wurde den Arbeitgebern die Forderung von 50 M. Stundenlohn unterbreitet. Die Arbeitgeber erklärten, auf dieſe außerordentlich hohe Forderung ein Angebot nicht machen zu können, und ſo wurde dann nach ſechsſtündiger Beratung ohne die Zuſtimmung der Arbeitgebervertreter und deren Beiſitzer der Lohn vom Bezirkslohnamt in Höhe von 42 M. für 1. bis 14 Auguſt und 45 M. für den 15. bis 31. Auguſt vorgeſchlagen.

Der Vorſitzende wies weiter auf die heutigen Verhältniſſe hin und hob hervor, daß nicht die Löhne, ſondern der Wucher mit den Bauſtoffen und der hohe Verdienſt der Arbeitgeber an der Preistreiberei Schuld ſei.

Gegen eine ſtarke Minderheit ſtimmten die Delegierten für den Spruch des Bezirkslohnamtes. Da auch die Arbeitgeber dieſem Spruch zugeſtimmt haben, tritt der erhöhte Lohn ab 1. Auguſt 1922 in Kraft. — Im weiteren Verlaufe der Verſammlung wies der Vorſitzende auf das am 19. Auguſt d. J. im Saalbau Friedrichshain ſtattfindende 30. Stiftungsfeſt der Zahlſtelle Berlin hin.

Am Donnerstag, den 3. Auguſt, nachmittags 3 Uhr, findet im Gewerkſchaftshaus, Saal 5, eine Vertrauensmännerverſammlung ſtatt. Zum Schluß wurde noch die Aufführung von „Orpheus in der Unterwelt“ im Großen Schauſpielhaus am Sonntag, den 27. 8. 1922, erwähnt, und ſind Karten hierfür bis Freitag, den 4. 8. 1922, bei den Bezirksleitungen zu beſtellen.

USP D.-Eiſenbahner!

Am Freitag, den 4. Auguſt, findet im Gewerkſchaftshaus eine Verſammlung aller im DEV. organiſierten USPD.-Eiſenbahner mit folgender Tagesordnung ſtatt: „Die Bedeutung des Verbandstages in München und unſere Aufgaben“. In Anbetracht der Situation iſt es Pflicht eines jeden, für einen guten Beſuch der Verſammlung zu ſorgen. Zeigt, daß Ihr gewillt ſeid, Eure Einheitsorganiſation vor einer Spaltung zu bewahren. Jeder ehrlich denkende Eiſenbahner gebe am 18. Auguſt die Stimme unſeren Kandidaten. Eiſenbahner, erſcheint in Maſſen! Partei- und Mitgliedsbuch legitimiert.

Der USPD.-Werbeausſchuß.

USP D.-Hutarbeiter!

Am Freitag, den 4. Auguſt, abends 5 Uhr, findet eine wichtige Verſammlung ſämtlicher USPD.-Hutarbeiter bei Ohgemach, Kommandantenſtraße 88, ſtatt. Sympathiſierende Kollegen können durch Genoſſen eingeführt werden.

Partei- und Gewerkſchaftsausweis als Legitimation mitbringen!

USPD. Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg.
J. A.: A. Holz.

Streik bei der Firma Kärger

Seit vier Wochen ſteht die Belegſchaft der Firma Kärger A.-G. Werkzeugmaſchinenfabrik, Krautſtraße 52, im Streik. Die Firma beabſichtigte, 57 Arbeiter zu maßregeln; außerdem verſuchte die Firma, das Zweibankſyſtem bei den Drehern mit allen Mitteln durchzuführen. Erneute Verhandlungen, die von den Streikenden eingeleitet wurden, ſcheiterten an dem Starrſinn des Herrn Kärger. Dieſer Herr verſucht den Betriebsrat entgegen den geſetzlichen Beſtimmungen bei Verhandlungen auszuſchalten.

Die Belegſchaft nahm in einer ſtark beſuchten Streikverſammlung erneut zu der Streiklage Stellung. In geheimer Abſtimmung wurde gegen wenige Stimmen die Fortführung des Streiks beſchloſſen. Die Arbeit wird in dieſem Betrieb nicht eher wieder aufgenommen werden, bis der Unternehmer ſeinen hartnäckigen Standpunkt aufgibt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Mittwoch, den 2. Auguſt, nachmittags 5 Uhr, findet bei Graumann, Naunynſtr. 27, eine kombinierte Vertrauensmänner- und Betriebsräteſitzung aller Branchen ſtatt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Lokalbeitrag. — Sonnabend, den 5. Auguſt, von 12—5 Uhr findet die Urabſtimmung über die Erhöhung der Lokalbeiträge in den bekannten Lokalen ſtatt. — Am Mittwoch, den 16. Auguſt, nachmittags 5 Uhr, Vierteljahrsgeneralverſammlung im Gewerkſchaftshaus, Engelufer 15, Saal 4. Anträge hierzu müſſen bis Freitag, den 4. Auguſt, in den Händen der Verwaltung ſein.

Parteiveranſtaltungen

9. Diſtrikt. Voranzeige. Am Sonntag, den 6. Auguſt, findet das Waldfeſt ſtatt. Teilnehmerkarten ſind bei allen Funktionären zu haben, auch bei Kroll, Utrechter Straße 21, und [illegible], Seeſtraße 106. Gelöſte Karten behalten ihre Gültigkeit. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Schöneberg-Friedenau. Sonntag, den 13. Auguſt, im [illegible] Tempelhof, Manteuffelſtraße, Kinderfeſt, verbunden mit Bannerweihe, Konzert, Tanz, Verloſung, Kinderbeluſtigungen, Geſangsvorträgen des Schöneberger Männerchors. Abmarſch Kaiſer-Wilhelm-Platz 2 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Mittwoch, den 2. Auguſt.

5. Verwaltungsbezirk. Männerchor U. S. P. 8 Uhr wichtige Verſammlung bei Drebe, Schreinerſtr. 18. Erſcheinen aller Sangesgenoſſen dringend notwendig.

Donnerstag, den 3. Auguſt.

5. Verwaltungsbezirk. 15., 16., 17. Diſtrikt. Kinderſchutz- u. Frauenarbeitskommiſſion. Abends 8 Uhr wichtige Sitzung bei Bartuſch, Friedenſtraße 28, wozu das Erſcheinen aller Genoſſen dringend notwendig iſt.

9. Diſtrikt. Vorſtandsſitzung abends 7 Uhr bei Kroll, Utrechter Straße 21.

Freitag, den 4. Auguſt.

8. Diſtrikt. 7 Uhr Abteilungsſitzung: 1. Abteilung bei Barleben, 2. Abteilung bei Erdmann.

18. Diſtrikt, 2. Abteilung. Bezirk Kreuzberg. Abends 8 Uhr Alte Jakobſtraße, [illegible] Ecke bei Topp. Sitzung aller Funktionäre. Bezirksbücher müſſen vorgelegt werden.

Lichtenberg-Stadt. Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung bei Seidle, Kronprinzenſtraße.

Vereinskalender

Verein der Freidenker für Feuerbeſtattung E. V. Infolge intenſiver Werbetätigkeit für unſeren Verein iſt es uns gelungen, ein eigenes Verwaltungsgebäude, Berlin NO. 18, Friedenſtr. 60, käuflich zu erwerben. Die Geſchäftsräume befinden ſich deshalb ab 2. Auguſt im eigenen Heim.

Steglitz. Anmeldungen zur Jugendweihe müſſen umgehend erfolgen. Die Entgegennahme erfolgt bei den Genoſſen Müller, Berliniſche Straße 6, [illegible], Holſteiniſche Straße 31, [illegible], Stephanſtraße 8, [illegible], Treitſchkeſtr. 18.

Mittwoch, den 2. Auguſt.

Die Mitglieder der Kunſt- und Bauſchloſſereien. Abends 6½ Uhr Branchenverſammlung in der Schulaula Böttgerſtraße. Mitgliedsbuch legitimiert.

Lorenz-Fabrik B., [illegible]. 10 Uhr Betriebsverſammlung bei [illegible], Am Treptower Park. Heizer, Maſchiniſten und ſämtliche Hofarbeiter treffen ſich um 9 Uhr im ſelben Lokal. Der Arbeiterrat.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Abends 6 Uhr in der Schulaula Niederſchönweide, Bezirksvollverſammlung des 15. Bezirks.

Deutſcher Werkmeiſter-Verband Berlin XI. Abends 7 Uhr in der Schulaula Petersburger Straße 4. Verſammlung.

Donnerstag, den 3. Auguſt.

Deutſcher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben des Textil-Großhandels, der Lederwirtſchaft, des [illegible]-Großhandels, der Tapiſſeriefabrikation, der Damen-, Schürzen- und Unterrockfabrikation. Abends 5½ Uhr Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Straße 240, Vollverſammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben des Möbelhandels und der [illegible]. Abends 7 Uhr bei [illegible], Adalbertſtr. 21, Vollverſammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Deutſcher Hutarbeiter-Verband. Nachmittags 5 Uhr Verſammlung aller Betriebsräte im Saal 10, Gewerkſchaftshaus, Engelufer 24/25.

Glaſer. 5 Uhr im Gewerkſchaftshaus Mitgliederverſammlung. Bericht der Lohnkommiſſion. Mitgliedsbücher ſind vorzuzeigen. Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 4. Auguſt.

Zentralverband der Maſchiniſten und Heizer. Ortsverwaltung Berlin. Abends 6 Uhr findet im Gewerkſchaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 1 unſere allgemeine Funktionärverſammlung ſtatt. Tagesordnung wird in der Verſammlung bekanntgegeben. Es iſt Pflicht eines jeden [illegible] Kollegen pünktlich an der Verſammlung zu erſcheinen. Die Ortsverwaltung.

Schildermaler. Nachmittags 5 Uhr bei Wollſchläger, Adalbertſtr. 21. Vollzähliges Erſcheinen aller Kollegen wird erwartet.

Jugendbewegung

S. P. J.-Zentrale. Wichtige Beſprechung der Zentrale am Donnerstag, den 3. Auguſt, 6½ Uhr, Schule Weinmeiſterſtraße 16/17.

Arbeiterſport

Freie Schwimmer Charlottenburg. Mittwoch, den 2. Auguſt, abends 7½ Uhr, Monatsſitzung bei Bohne, Schloßſtraße 48. Vortrag: „Das erſte Arbeiter-Turn- und Sportfeſt in Leipzig“.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kauch, Berlin; für den Inſeratenteil und geſchäftliche Mitteilungen i. V.: Guſtav Kaluſch, Berlin. — Verlags-Genoſſenſchaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterſtraße 75